

Änderungsantrag zu H-01 * Mit Bündnisgrüner Solidarität gegen Hass - Antrag zur Schaffung einer Stelle zur bundesweiten Beratung in Fällen von politisch motivierten Bedrohungen und Angriffen



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 21.10.2019

Änderungsantrag zu H-01/01

Von Zeile 47 bis 49 löschen:

~~Da wir in unserem Einsatz gegen den Hass nicht allein sind, empfehlen wir diese Beratung auch für Nichtmitglieder zu öffnen; zumindest solange, bis ein verlässliches bundesdeutsches Netz an Anlaufstellen geschaffen wurde.~~

Änderungsantrag zu H-01 * Mit Bündnisgrüner Solidarität gegen Hass - Antrag zur Schaffung einer Stelle zur bundesweiten Beratung in Fällen von politisch motivierten Bedrohungen und Angriffen



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 21.10.2019

Änderungsantrag zu H-01/01

Von Zeile 50 bis 53 löschen:

~~Zur Finanzierung der Stelle schlagen wir vor, dass pro Mitglied ein Euro vorab von der Summe der staatlichen Teilfinanzierung, die von der Bundestagsverwaltung an die Grünen ausbezahlt wird, abgezogen und für dieses Projekt bereitgestellt wird. Damit tragen alle Ebenen der Partei ihren Anteil an der Umsetzung.~~

Änderungsantrag zu H-01 * Mit Bündnisgrüner Solidarität gegen Hass - Antrag zur Schaffung einer Stelle zur bundesweiten Beratung in Fällen von politisch motivierten Bedrohungen und Angriffen



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 21.10.2019

Änderungsantrag zu H-01/01

Von Zeile 52 bis 53 einfügen:

wird, abgezogen und für dieses Projekt bereitgestellt wird. Damit tragen alle Ebenen der Partei ihren Anteil an der Umsetzung. Die Stelle wird für eine Laufzeit von 2 Jahren beschlossen.

Geschlechtliche Vielfalt - Änderung der Satzung



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Gesine Agena (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu S-03

Von Zeile 16 bis 17 einfügen:

zu mindestens 50 % mit Frauen zu besetzen. Ausgenommen von dieser Regelung ist die BAG Schwulenpolitik.

(3) Ebenso wie die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen ist die Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt ein Ziel von Bündnis 90/Die Grünen: Trans*, inter und nicht-binäre Menschen sollen in unserer Partei gleichberechtigte Teilhabe erhalten. Alle Gremien und Versammlungen sind dazu angehalten, dieses Ziel zu achten und zu stärken.

weitere Antragsteller*innen

Sven Lehmann (KV Köln); Ulle Schauws (KV Krefeld); Mareike Engels (KV Hamburg-Altona); Nyke Slawik (KV Düsseldorf); Jens Christoph Parker (Osnabrück-Stadt KV); Sebastian Walter (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Julia Woller (KV Köln); Marion Lüttig (KV München); Natascha Kauder (KV Frankfurt); Philipp Lang (KV Stuttgart); Stefan Müller (KV Düsseldorf); Andreas Gernegroß (KV Salzland); Renée-Maike Pfuderer (KV Stuttgart); Henrik Rubner (KV Berlin-Mitte); Andreas Ewald (KV Darmstadt); Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg); Astrid Rothe-Beinlich (Erfurt KV); Ina Jacobi (KV Göttingen); Rashmi-Alena Grashorn (KV Hildesheim)

Geschlechtliche Vielfalt – Änderung des Frauenstatuts



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Gesine Agena (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Änderungsantrag zu S-04

Von Zeile 7 bis 8 einfügen:

um dieses Ziel zu erreichen. Von dem Begriff „Frauen“ werden alle erfasst, die sich selbst so definieren.

Ebenso wie die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen ist die Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt ein Ziel von Bündnis 90/Die Grünen: Trans*, inter und nicht-binäre Menschen sollen in unserer Partei gleichberechtigte Teilhabe erhalten. Alle Gremien und Versammlungen sind dazu angehalten, dieses Ziel zu achten und zu stärken.

weitere Antragsteller*innen

Sven Lehmann (KV Köln); Nyke Slawik (KV Düsseldorf); Mareike Engels (KV Hamburg-Altona); Ulle Schauws (KV Krefeld); Jens Christoph Parker (Osnabrück-Stadt KV); Sebastian Walter (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Julia Woller (KV Köln); Marion Lüttig (KV München); Natascha Kauder (KV Frankfurt); Philipp Lang (KV Stuttgart); Stefan Müller (KV Düsseldorf); Andreas Gernegroß (KV Salzland); Renée-Maike Pfuderer (KV Stuttgart); Henrik Rubner (KV Berlin-Mitte); Andreas Ewald (KV Darmstadt); Daniela Ehlers (KV Berlin-Lichtenberg); Astrid Rothe-Beinlich (Erfurt KV); Rashmi-Alena Grashorn (KV Hildesheim); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV)

Geschlechtliche Vielfalt – Änderung des Frauenstatuts



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Ortsverband Garmisch-Partenkirchen
Beschlussdatum: 24.10.2019

Änderungsantrag zu S-04

Von Zeile 21 bis 22 einfügen:

Versammlung haben diesbezüglich ein Vetorecht entsprechend § 4 des Frauenstatuts und können ein Frauenvotum beantragen

Für Kreis- und Ortsverbände gilt die Sonderregelung: Sollten nicht genug Frauen für die Arbeit im Kreis- oder Ortsvorstand gewählt werden, bleiben deren Plätze zunächst unbesetzt, über das weitere Vorgehen entscheiden die Frauen in der Versammlung. Die Plätze können offen besetzt werden.

Begründung

Besonders auf der KV und OV Ebene ist es oft schwer bis unmöglich die Frauenplätze zu belegen. Um einen funktionsfähigen Vorstand zu gewährleisten, sollen die KV und OV die Möglichkeit haben, die Plätze offen zu besetzen.

Plastik ist so 90er, unsere GRÜNEN-SHOPS auch?



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 14.10.2019

Titel

Ändern in:

Umweltfreundliche Werbemittel in Grünen-Shops und auf grünen Veranstaltungen

Änderungsantrag zu V-03

Von Zeile 1 bis 28:

~~Wir verpflichten uns die Grünen-Shops soweit möglich mit umweltfreundlichen und fair gehandelten Materialien auszustatten. Der bestehende Beschluss der 41. ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz „Für saubere Meere und Gewässer“ geht uns nicht weit genug. Wir fordern einen Ausschluss bestimmter Produkte, die aus Plastik bestehen oder in Plastik verpackt sind und nicht existenziell für Infostände und Wahlkampf sind.~~

~~Hierunter fallen aktuell:~~

~~In Plastik verpackte Lebensmittel (Brause, Traubenzucker, Gummibärchen), Klebeband, Autofahnenhalter, Textilien (Shirts, Schlüsselanhänger u.ä.).~~

~~Auch wenn die angebotenen Luftballons nicht aus Plastik, sondern aus Naturkautschuk bestehen, schaden sie unserer Umwelt. Eine Verrottungsdauer von ca. einem Jahr bei Kautschukluftballons ist deutlich zu lang. Beinahe täglich werden in Küstengebieten Vögel und andere Meeresbewohner gefunden, die entweder an den Ballons selbst oder an Luftballonschnüren verendet sind. Die von der BUND-Kreisgruppe Wilhelmshaven aufgefundenen Ballons / Ballonreste stammen aus ganz Deutschland und auch aus dem benachbarten Ausland. Auch außerhalb der Küstenregion gilt, Vögel halten Reste der Schnüre für Würmer und verfüttern diese an ihre Jungen oder verwenden das Material zum Nestbau.~~

~~Die Bilder von aufgeplatzten, mit Plastik und anderem Müll gefüllten Bäuchen der Meeresbewohner kennen mittlerweile alle.~~

~~Wir fordern daher sämtliche Luftballons mitsamt Zubehör aus dem Grünen-Shop zu entfernen.~~

~~Der „Grünen T-Shirt Shop“ bietet allerhand Shirts und weitere Produkte aus Fasern nicht natürlichen Ursprungs, die nicht biologisch abbaubar sind. Dagegen gibt es nur sehr wenig Bio-Produkte und die Kennzeichnung fair gehandelter Textilien ist nicht eindeutig. Wir fordern, dass der Bundesvorstand zum nächstmöglichen Termin folgende Änderungen an den zur Verfügung stehenden Produkten im „Grünen T-Shirt Shop“ mit dem aktuellen Anbieter aushandelt.~~

~~–Es werden ausschließlich abbaubare Textilien aus natürlichen Ressourcen angeboten.~~

~~–Bio und fair gehandelte Produkte sollen im Shop klar gekennzeichnet und vermehrt angeboten werden.~~

Wir verpflichten uns, die Grünen-Shops soweit möglich mit umweltfreundlichen und fair gehandelten Werbemitteln auszustatten. Alle Bestandsprodukte werden noch einmal auf ihre Umweltverträglichkeit hin überprüft und ggf. nach Abverkauf durch nachhaltige Werbemittel ersetzt. In der Artikelbeschreibung des Shops werden alle Produkte im Hinblick auf ihren ökologischen Standard gekennzeichnet. Auf Materialien aus Plastik versuchen wir weitestgehend zu verzichten, sowie mit den Händlern auch eine Verpackung aus anderem Material oder ein Verzicht auf Verpackung zu vereinbaren.

Bei Textilprodukten sollen soweit möglich biologisch abbaubare nachhaltig und fair produzierte Textilien aus natürlichen Ressourcen angeboten werden.

Auch auf unseren Veranstaltungen werden wir den Einsatz von Einwegplastik weiter reduzieren und mit Ausstellern möglichst den Verzicht auf Einweggeschirr und Werbemittel aus Einwegplastik vereinbaren.

Begründung

Wir schlagen vor, die Anträge V03 und V33 zu einem Antrag zusammenzuführen.

Der Bundesverband hat im letzten Jahr bereits zahlreiche Schritte unternommen, die die Forderungen der Antragsteller*innen aufgreifen. So wurde zum Beispiel beschlossen, dass wir in Zukunft keine Einweg-Luftballons mehr als Give-Away anbieten werden, denn auch wenn diese wie bisher aus Naturkautschuk bestehen, haben sie bei unsachgemäßer Entsorgung eine Verrottungsdauer von einem Jahr und können in der Umwelt Schaden anrichten. Auch andere Werbemittel aus Plastik wurden Stück für Stück aus der Produktpalette genommen. Im Hinblick auf Einweggeschirr wurde für diese BDK bereits mit den Ausstellern und dem Caterer ein Umstieg auf Mehrweggeschirr vereinbart.

Der Antrag sollte als Selbstverpflichtung der Partei nach Beschluss zu lesen sein.

Plastik ist so 90er, unsere GRÜNEN-SHOPS auch?



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Kreisverband Aurich-Norden
Beschlussdatum: 09.10.2019

Änderungsantrag zu V-03

Von Zeile 4 bis 5 einfügen:

fordern einen Ausschluss bestimmter Produkte, die aus Plastik bestehen oder in Plastik verpackt sind und nicht existenziell für Infostände und Wahlkampf sind.

Der Bundesverband wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass der grüne E-Shop sich ausreichend mit Wahlkampfmaterial bevorratet und seinen Service dahingehend verbessert, dass er zeitnah (innerhalb von 3 Tagen bei Wahlkämpfen) liefert, und dass er die Dinge liefert, die bestellt wurden.

Begründung

Flyer für die Europawahl waren 6 Wochen vor der Wahl schon vergriffen. Zu anderen Flyern wurde 2 Wochen vor der Wahl mitgeteilt, diese seien n o c h nicht lieferbar. Von 60 bestellten Plakaten wurden 30 geliefert, und es waren nicht die Motive, die bestellt worden waren.

Mobilfunk 5G: Risiko- und Nutzenbewertung von Hochfrequenz-Funk, bis dahin Aussetzung der Frequenzvergabe



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: BAG Digitales & Medien
Beschlussdatum: 19.10.2019

Titel

Ändern in:

Mobilfunk 5G: Zukunftsinfrastruktur fördern, Vorsorgeprinzip beibehalten

Begründung

Wir haben als Fachgremium unter Hinzuziehung der zuständigen Mitarbeiter und Abgeordneten des Bundestages diese Globalalternative zum ursprünglichen V-13 erstellt, da wir auch zu 5G-Technologie eine genauso evidenzbasierte wie dem Vorsorgeprinzip folgende Positionierung der Partei für angemessen halten und zudem klarstellen wollen, wie lohnend es ist, die Möglichkeiten der Technologie für die Transformation zu einer ökologisch-sozialen Gesellschaft zu nutzen. Dazu gehört auch eine entsprechende Änderung der ursprünglichen Überschrift hier.

Mobilfunk 5G: Risiko- und Nutzenbewertung von Hochfrequenz-Funk, bis dahin Aussetzung der Frequenzvergabe



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: BAG Digitales & Medien

Beschlussdatum: 25.10.2019

Änderungsantrag zu V-13

Von Zeile 2 bis 20:

- ~~die Aussetzung weiterer Vergabeverfahren für die Zuteilung von Funkfrequenzen für 5G, insbesondere die anstehende Vergabe im 26-GHz-Band,~~
- ~~die Veröffentlichung der Ergebnisse bereits durchgeführter Studien zu Risiken, Auswirkungen und Akzeptanz von 5G, soweit sie aus öffentlichen Mitteln ganz oder teilweise finanziert wurden,~~
- ~~die Überprüfung und ggf. Erarbeitung geeigneter Prüf- und Messverfahren für die Strahlenbelastung durch hochfrequente Send- und Empfangsanlagen oberhalb 20 GHz und die Erstellung verbindlicher Grenzwerte zum Schutz der Bevölkerung durch das Bundesamt für Strahlenschutz,~~
- ~~die Erarbeitung einer Akzeptanz-, Nutzen- und Risikobewertung hochfrequenter 5G-Sendeanlagen einschließlich des zu erwartenden Energieverbrauchs und sonstiger Klimafolgen durch das Büro für Technikfolgenabschätzung im Auftrag des Deutschen Bundestags und die Veröffentlichung der Ergebnisse,~~
- ~~die EU-weite Abstimmung des Stands von Forschung und Technik, Nutzen und Risiken hochfrequenter 5G-Sendeanlagen sowie des Vorgehens bei der Einführung in den Mitgliedstaaten,~~
- ~~die Schaffung einer wirksamen europäischen Aufsicht über heutige und künftige Funktechnologien mit Durchsetzungskompetenz gegenüber allen EU-Mitgliedstaaten bei ungeklärten Risiken.~~

Je mehr die Digitalisierung alle gesellschaftlichen Prozesse durchdringt, desto mehr entscheidet der Zugang zum Breitbandinternet über die gleichberechtigte Teilhabe am wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Leben. Der Bundesgerichtshof hat dazu bereits 2013 festgestellt, dass die Verfügbarkeit eines schnellen Internetzugangs „auch im privaten Bereich für die eigenwirtschaftliche Lebenshaltung typischerweise von zentraler Bedeutung ist“ (BGH, Urteil vom 24.01.2013 - III ZR 98/12).

Um dies zu erreichen liegt unser Hauptfokus auf dem Ausbau eines bis zu den Gebäuden ausgebauten Glasfasernetzes (FTTB) und diskriminierungsfreiem und offenem Netzzugang mit echter Netzneutralität. Eine gut ausgebaute terrestrische Glasfaserinfrastruktur kann dabei den Bau vieler Mobilfunkmasten vermeiden und, wenn Mobilfunkmasten mit Glasfaser versorgt werden, auch Richtfunkstrecken im Mikrowellenbereich zwischen den Masten unnötig machen. Ein modernes Leben geht aber grundsätzlich mit Mobilität einher, so dass auch die Versorgung mit Breitbandinternet außerhalb von Gebäuden für eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe und das Funktionieren gesellschaftlicher Strukturen von zentraler Bedeutung ist.

Dieder bisherigen Mobilfunktechnologie entgegengebrachte Befürchtung evtl. gesundheitlicher Schäden durch allgegenwärtige Mobilfunksignale hat sich nach Jahrzehnten weltweiter Nutzung und unzähligen Studien wissenschaftlich nicht bestätigt. Ein möglichst flächendeckender Ausbau des LTE (4G)-Standards hilft dabei grundsätzlich, die lokale Strahlenbelastung durch eigene Mobiltelefone zu senken. Denn schwach ausgebaute Gebiete treiben durch die dauernde Netzsuche von Mobiltelefonen deren notwendige Sendeleistung in die Höhe. Mit der Einführung von neuen Technologien – wie nun mit der fünften Mobilfunktechnologie-Generation (5G) – stellen sich aber viele Menschen die Frage, ob durch die hier zukünftig vielleicht auch genutzten sehr hohen Frequenzen nun doch gesundheitliche Schäden zu befürchten sind und fordern vor der breiten Einführung der Nutzung solcher Frequenzen eine umfassende Technikfolgenabschätzung.

5G legt das Fundament für viele technologische Neuerungen wie vernetztes und autonomes Fahren, Smart Farming oder intelligente Stromnetze, die Angebot und Nachfrage intelligent steuern können. Innovationen mit großer Bedeutung für zukünftige Wertschöpfung in der Industrie genauso wie bei KMU und Start Ups werden erst durch die Leistungsmerkmale der 5G-Mobilfunktechnologie möglich und auch Staat/Verwaltung und unser Privatleben können stark von den Möglichkeiten hochleistungsfähiger mobiler Datennutzung profitieren.

Der 5G-Betrieb auf Basis der bereits vergebenen Frequenzbänder ähnelt technisch dem 4G-Betrieb (LTE), die verwendeten Funkfrequenzen liegen wie die privater WLAN-Router im bestens erforschten einstelligen GHz-Frequenzbereich. Messverfahren und Grenzwerte sind seit Jahren auf der Grundlage vieler Studien etabliert. Neue Risiken durch 5G aufgrund der hierbei entstehenden elektromagnetischen Strahlung und spezifischer Absorptionsraten sind in den Frequenzbändern bis 3,6 GHz nicht zu erwarten, sofern die bisherigen Grenzwerte eingehalten werden, auch wenn die Studienlage nicht alle Risiken restlos ausräumen kann. Im Fall der Umsetzung des 5G-Standards über hohe Frequenzbänder legen zumindest einige Studien nahe, dass die Gesundheit von Mensch und Tier beeinflusst werden könnte. Das Bundesamt für Strahlenschutz bemängelt bei diesen Studien allerdings in der Regel eine schlechte Methodik. In ihrem achten Emissionsminderungsbericht aus dem November 2018 (Bundestagsdrucksache 19/6270, <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/062/1906270.pdf>) betont die Bundesregierung, dass nach dem derzeitigen wissenschaftlichen Kenntnisstand die durch starke elektromagnetische hervorgerufene Erwärmung von Gewebe maßgeblich für die Beurteilung von möglichen gesundheitlichen Auswirkungen der hochfrequenten elektromagnetischen Felder ist.

In Bezug auf die weiteren möglichen Risiken über die Gewebeerwärmungen hinaus stellt die Bundesregierung fest, dass im Bereich niedriger Intensitäten hochfrequenter Felder gesundheitliche Beeinträchtigungen infolge nicht-thermischer Wirkungen in jahrzehntelanger Forschung bisher wissenschaftlich nicht nachgewiesen werden konnten.

Im Sinne des Vorsorgeprinzips fordern wir dennoch, hochfrequenten 5G-Mobilfunk auf evtl. gesundheitliche Auswirkungen und deren Vermeidung hin weiter zu erforschen, bevor solche Frequenzen für die Mobilfunknutzung freigegeben werden. Dazu gehört beispielsweise das sogenannte Beamforming. Durch diese Technik wird es laut Bundesamt für Strahlenschutz möglich, Mehrwegeausbreitung besser zu nutzen und Strahlungsleistung zielgenauer abzugeben. Dies kann zu niedrigeren Expositionen führen, weil weniger ungerichtete Leistung in die Umgebung abgegeben wird. Beim Empfang kann diese Technik dazu beitragen, dass

niedrigere Feldstärken für eine Verbindung ausreichen. Genauso muss in neuen Forschungsansätzen berücksichtigt werden, dass durch steigende Datenübertragungsmengen und damit verbundene Änderungen das Immissionsaufkommen insgesamt für uns alle steigt.

Wir plädieren in diesem Sinne für weitere unabhängige Forschung zu den Risiken hochfrequenter 5G-Technologie und sprechen uns dafür aus, alle Quellen, die hohen wissenschaftlichen Standards entsprechen, zur Grundlage weiterer Entscheidungen bezüglich des 5G-Ausbaus zu machen. Dies schließt ggf. eine vorsorgeorientierte Anpassung der Grenzwerte und der Ausbauplanung ein.

Grundlage für die Regulierung der Strahlenbelastung ist das Bundesimmissionsschutzgesetz. Dass in anderen Ländern Europas teilweise deutlich niedrigere Grenzwerte für elektromagnetische Strahlung gelten, ist für uns ein Hinweis darauf, dass die Bundesregierung hier evtl. Nachholbedarf hat. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich zum einen für eine Harmonisierung der in Europa gültigen Grenzwerte für nicht ionisierende Strahlung auf das niedrigste technisch machbare Niveau einzusetzen und zum anderen den Ausbau des Mobilfunknetzes so zu gestalten, dass Schäden an Umwelt und Gesundheit nach dem vorliegenden Wissensstand ausgeschlossen werden können. Gerade sensible Personengruppen wie Schwangere und Kinder müssen beim Mobilfunkausbau besonders berücksichtigt werden.

Konkret fordern wir:

- den Ausbau eines umwelt- und gesundheitsverträglichen schnellen mobilen Netzes, wobei alle rechtlichen Möglichkeiten, etwa auch Vorgaben zum Lokal oder National Roaming beim Ausbau genutzt werden sollten;
- die Sicherstellung durch die Bundesregierung, dass ein flächendeckender LTE-Ausbau nach Vorgabe der Auflagen der Frequenzversteigerung von 2015 und 2019 stattfindet;
- dass die Bundesregierung sich auf EU-Ebene für eine Überarbeitung der Empfehlung des Rates der Europäischen Union zur Begrenzung der Exposition der Bevölkerung gegenüber elektromagnetischen Feldern (1999/519/EG) einsetzt, die den aktuellen Wissensstand aufgreift und unter konsequenter Anwendung des Vorsorgeprinzips in allen Mitgliedstaaten ein hohes, harmonisiertes Schutzniveau festlegt;
- die Veröffentlichung der Ergebnisse bereits durchgeführter Studien zu Risiken, Auswirkungen und Akzeptanz von 5G, soweit sie aus öffentlichen Mitteln ganz oder teilweise finanziert wurden sowie einen zentralen Zugang zu diesen Studien z.B. über die Internetpräsenz des Bundesamts für Strahlenschutz;
- die Überprüfung und ggf. Erarbeitung verbindlicher Grenzwerte für hochfrequente Sende- und Empfangsanlagen oberhalb 20 GHz durch das Bundesamt für Strahlenschutz;
- die EU-weite Abstimmung des Stands von Forschung und Technik, Nutzen und Risiken hochfrequenter 5G-Sendeanlagen sowie des Vorgehens bei der Einführung in den Mitgliedstaaten;
- das in der 26. Bundesimmissionsschutzverordnung bereits für den niederfrequenten Bereich verankerte Minimierungsgebot unter Anwendung des Standes der Technik auf den gesamten Bereich der nichtionisierenden Strahlung auszudehnen und regelmäßig eine Evaluierung vorzunehmen.

Begründung

Die Anträge wurden in enger Zusammenarbeit mit den Abgeordneten Margit Stumpp, Tabea Rößner, Alexandra Geese, Dieter Janecek, Konstantin v. Notz erstellt.

Wir haben als Fachgremium unter Hinzuziehung der zuständigen Mitarbeiter und Abgeordneten des Bundestages diese Globalalternative zum ursprünglichen V-13 erstellt, da wir auch zu 5G-Technologie eine genauso evidenzbasierte wie dem Vorsorgeprinzip folgende Positionierung der Partei für angemessen halten und zudem klarstellen wollen, wie lohnend es ist, die Möglichkeiten der Technologie für die Transformation zu einer ökologisch-sozialen Gesellschaft zu nutzen. Die dazugehörige Streichung des Abschlussabsatzes fordern wie im folgenden ÄA.

Mobilfunk 5G: Risiko- und Nutzenbewertung von Hochfrequenz-Funk, bis dahin Aussetzung der Frequenzvergabe



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 21.10.2019

Änderungsantrag zu V-13

Von Zeile 7 bis 10:

- die Überprüfung und ggf. ~~Erarbeitung geeigneter Prüf- und Messverfahren für die Strahlenbelastung durch hochfrequente Sende- und Empfangsanlagen oberhalb 20 GHz und die Erstellung verbindlicher Grenzwerte zum Schutz der Bevölkerung durch das Bundesamt für Strahlenschutz, Erarbeitung geeigneter verbindlicher Grenzwerte zum Schutz der Bevölkerung vor der Strahlenbelastung durch hochfrequente Sende- und Empfangsanlagen durch das Bundesamt für Strahlenschutz unter Einbeziehung industrieunabhängiger Wissenschaftler.~~

Begründung

1) In der Expertise des Europäischen Parlaments „5G Deployment“ von Blackman/Forge [Blackman C. Forge S. (2019): 5G Deployment: State of Play in Europe, USA and Asia. Study for the Committee of Industry, Research and Energy, Policy Department for Economic, Scientific and Quality of Life Policies, European Parliament, Luxembourg] wird festgestellt, dass niemand gesichert wissen kann, wie sich die prognostizierte erhöhte Strahlenbelastung auswirken wird. Das Vorsorgeprinzip kommt nicht zur Anwendung. Im Kapitel „5G Elektromagnetische Strahlung und Sicherheit“ heißt es: „Es gibt Bedenken hinsichtlich der möglichen Auswirkungen auf die Gesundheit und Sicherheit, die sich aus der potenziell viel höheren Belastung durch hochfrequente elektromagnetische Strahlung durch 5G ergeben könnten. Eine erhöhte Exposition kann sich nicht nur aus der Verwendung wesentlich höherer Frequenzen bei 5G ergeben, sondern auch aus dem Potenzial der Bündelung verschiedener Signale, ihrer Dynamik und den komplexen Interferenzeffekten, die insbesondere in dichten Stadtgebieten auftreten können.“

Die 5G-Funkemissionsfelder unterscheiden sich deutlich von denen früherer Generationen durch ihre komplexen strahlförmigen Übertragungen („Beam Forming“) in beide Richtungen – von der Basisstation über das Mobilteil und zurück. Obwohl die Felder der Strahlung stark fokussiert werden, variieren sie schnell mit Zeit und Bewegung und sind daher unvorhersehbar, da die Signalpegel und -muster als geschlossenes System interagieren. Dies muss noch zuverlässig für reale Situationen außerhalb des Labors abgebildet werden. ...

Das Problem besteht darin, dass es derzeit nicht möglich ist, 5G-Emissionen in der realen Welt genau zu simulieren oder zu messen.“

Etliche europäische Städte und Regionen haben sich deshalb verboten, dass 5G bei ihnen eingeführt wird. Diese bezüglich der Auswirkungen auf Mensch und Natur noch unbekannte Technologie wollten sie der Bevölkerung nicht zumuten (Stichwort: "Feldversuch" am Menschen mit ungewissem Ausgang).

2) Staatliche Institutionen müssen die Bevölkerung proaktiv vor Schaden bewahren und im Zweifel prüfen, ob eine tatsächliche Gefahr droht.

Zu GSM, UMTS, LTE und WLAN liegen umfangreiche Studienergebnisse [siehe <https://www.emf-portal.org/de> und www.emfdata.org] vor, die Gesundheitsschäden belegen und eine Überprüfung der bestehenden Grenzwerte für hochfrequente gepulste elektromagnetische Strahlung erforderlich machen. Diese Prüfung muss für die Bevölkerung transparent und unabhängig von wirtschaftlichen Interessen durchgeführt werden. Wichtig ist ein ehrlicher Dialog mit der interessierten Öffentlichkeit und auch mit anderen Parteien auf der Basis von Fakten.

Mobilfunk 5G: Risiko- und Nutzenbewertung von Hochfrequenz-Funk, bis dahin Aussetzung der Frequenzvergabe



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 21.10.2019

Änderungsantrag zu V-13

Von Zeile 11 bis 13:

- die Erarbeitung einer Akzeptanz-, Nutzen- und Risikobewertung ~~hochfrequenter~~ von 5G-Sendeanlagen einschließlich des zu erwartenden Energieverbrauchs - auch der Server zur Verarbeitung der zu erwartenden großen Datenmengen - und sonstiger Klimafolgen durch das Büro für Technikfolgenabschätzung im Auftrag des Deutschen

Begründung

Es kann nicht nur um den Energieverbrauch der vielen benötigten neuen Sender gehen, sondern es muss auch der Energiebedarf zur Verarbeitung der gesendeten Daten (Internet of Things, Erstellung von Algorithmen und Profilen, Digitalisierung, etc.) beachtet werden.

Untersuchungen zeigen, dass dieser Energiebedarf bis 2030 drastisch ansteigen wird und damit ganz konkret das Ziel des Pariser Klimagipfels, möglichst 1,5°C-Temperaturerhöhung einzuhalten, utopisch macht.

Mobilfunk 5G: Risiko- und Nutzenbewertung von Hochfrequenz-Funk, bis dahin Aussetzung der Frequenzvergabe



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 21.10.2019

Änderungsantrag zu V-13

Von Zeile 15 bis 17:

- die EU-weite Abstimmung des Stands von Forschung und Technik, Nutzen und Risiken ~~hochfrequenter~~ von 5G-Sendeanlagen sowie des Vorgehens ~~bei~~ vor der Einführung in den Mitgliedstaaten,

Von Zeile 19 bis 20 einfügen:

- Funktechnologien mit Durchsetzungskompetenz gegenüber allen EU-Mitgliedstaaten bei ungeklärten Risiken entsprechend dem Vorsorgeprinzip.

Begründung

1) In der Expertise des Europäischen Parlaments „5G Deployment“ von Blackman/Forge [Blackman C. Forge S. (2019): 5G Deployment: State of Play in Europe, USA and Asia. Study for the Committee of Industry, Research and Energy, Policy Department for Economic, Scientific and Quality of Life Policies, European Parliament, Luxembourg] wird festgestellt, dass niemand gesichert wissen kann, wie sich die prognostizierte erhöhte Strahlenbelastung auswirken wird. Das Vorsorgeprinzip kommt nicht zur Anwendung. Im Kapitel „5G Elektromagnetische Strahlung und Sicherheit“ heißt es: „Es gibt Bedenken hinsichtlich der möglichen Auswirkungen auf die Gesundheit und Sicherheit, die sich aus der potenziell viel höheren Belastung durch hochfrequente elektromagnetische Strahlung durch 5G ergeben könnten. Eine erhöhte Exposition kann sich nicht nur aus der Verwendung wesentlich höherer Frequenzen bei 5G ergeben, sondern auch aus dem Potenzial der Bündelung verschiedener Signale, ihrer Dynamik und den komplexen Interferenzeffekten, die insbesondere in dichten Stadtgebieten auftreten können.“

Die 5G-Funkemissionsfelder unterscheiden sich deutlich von denen früherer Generationen durch ihre komplexen strahlförmigen Übertragungen („Beam Forming“) in beide Richtungen – von der Basisstation über das Mobilteil und zurück. Obwohl die Felder der Strahlung stark fokussiert werden, variieren sie schnell mit Zeit und Bewegung und sind daher unvorhersehbar, da die Signalpegel und -muster als geschlossenes System interagieren. Dies muss noch zuverlässig für reale Situationen außerhalb des Labors abgebildet werden. ...

Das Problem besteht darin, dass es derzeit nicht möglich ist, 5G-Emissionen in der realen Welt genau zu simulieren oder zu messen.“

2) Staatliche Institutionen müssen die Bevölkerung proaktiv vor Schaden bewahren und im Zweifel prüfen, ob eine tatsächliche Gefahr droht.

Zu GSM, UMTS, LTE und WLAN liegen umfangreiche Studienergebnisse [siehe <https://www.emf-portal.org/de> und www.emfdata.org] vor, die Gesundheitsschäden belegen und eine Überprüfung der

bestehenden Grenzwerte für hochfrequente gepulste elektromagnetische Strahlung erforderlich machen. Diese Prüfung muss für die Bevölkerung transparent und unabhängig von wirtschaftlichen Interessen durchgeführt werden. Wichtig ist ein ehrlicher Dialog mit der interessierten Öffentlichkeit und auch mit anderen Parteien auf der Basis von Fakten.

Mobilfunk 5G: Risiko- und Nutzenbewertung von Hochfrequenz-Funk, bis dahin Aussetzung der Frequenzvergabe



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 21.10.2019

Änderungsantrag zu V-13

Von Zeile 21 bis 23 löschen:

~~Ausdrücklich nicht beantragt werden ein Moratorium oder sonstige Hinderungen in Aufbau und Verwendung von Sende- und Empfangsanlagen in den bereits vergebenen Frequenzbereichen bis zum 3,6-GHz-Band.~~

Begründung

1) In der Expertise des Europäischen Parlaments „5G Deployment“ von Blackman/Forge [Blackman C. Forge S. (2019): 5G Deployment: State of Play in Europe, USA and Asia. Study for the Committee of Industry, Research and Energy, Policy Department for Economic, Scientific and Quality of Life Policies, European Parliament, Luxembourg] wird festgestellt, dass niemand gesichert wissen kann, wie sich die prognostizierte erhöhte Strahlenbelastung auswirken wird. Das Vorsorgeprinzip kommt nicht zur Anwendung. Im Kapitel „5G Elektromagnetische Strahlung und Sicherheit“ heißt es: „Es gibt Bedenken hinsichtlich der möglichen Auswirkungen auf die Gesundheit und Sicherheit, die sich aus der potenziell viel höheren Belastung durch hochfrequente elektromagnetische Strahlung durch 5G ergeben könnten. Eine erhöhte Exposition kann sich nicht nur aus der Verwendung wesentlich höherer Frequenzen bei 5G ergeben, sondern auch aus dem Potenzial der Bündelung verschiedener Signale, ihrer Dynamik und den komplexen Interferenzeffekten, die insbesondere in dichten Stadtgebieten auftreten können.“

Die 5G-Funkemissionsfelder unterscheiden sich deutlich von denen früherer Generationen durch ihre komplexen strahlförmigen Übertragungen („Beam Forming“) in beide Richtungen – von der Basisstation über das Mobilteil und zurück. Obwohl die Felder der Strahlung stark fokussiert werden, variieren sie schnell mit Zeit und Bewegung und sind daher unvorhersehbar, da die Signalpegel und -muster als geschlossenes System interagieren. Dies muss noch zuverlässig für reale Situationen außerhalb des Labors abgebildet werden. ...

Das Problem besteht darin, dass es derzeit nicht möglich ist, 5G-Emissionen in der realen Welt genau zu simulieren oder zu messen.“

Etliche europäische Städte und Regionen haben sich deshalb verboten, dass 5G bei ihnen eingeführt wird. Diese bezüglich der Auswirkungen auf Mensch und Natur noch unbekannte Technologie wollten sie der Bevölkerung nicht zumuten (Stichwort: „Feldversuch“ am Menschen mit ungewissem Ausgang).

2) Staatliche Institutionen müssen die Bevölkerung proaktiv vor Schaden bewahren und im Zweifel prüfen, ob eine tatsächliche Gefahr droht.

Zu GSM, UMTS, LTE und WLAN liegen umfangreiche Studienergebnisse [siehe <https://www.emf-portal.org/de> und www.emfdata.org] vor, die Gesundheitsschäden belegen und eine Überprüfung

der bestehenden Grenzwerte für hochfrequente gepulste elektromagnetische Strahlung erforderlich machen. Diese Prüfung muss für die Bevölkerung transparent und unabhängig von wirtschaftlichen Interessen durchgeführt werden. Wichtig ist ein ehrlicher Dialog mit der interessierten Öffentlichkeit und auch mit anderen Parteien auf der Basis von Fakten.

3) Aus diesen Gründen muss das Moratorium für den Ausbau von 5G auch für die Frequenzen unterhalb von 26 GHz gelten.

Mobilfunk 5G: Risiko- und Nutzenbewertung von Hochfrequenz-Funk, bis dahin Aussetzung der Frequenzvergabe



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: BAG Digitales & Medien

Beschlussdatum: 19.10.2019

Änderungsantrag zu V-13

Von Zeile 21 bis 23 löschen:

~~Ausdrücklich nicht beantragt werden ein Moratorium oder sonstige Hinderungen in Aufbau und Verwendung von Sende- und Empfangsanlagen in den bereits vergebenen Frequenzbereichen bis zum 3,6-GHz-Band.~~

Begründung

Wir haben als Fachgremium unter Hinzuziehung der zuständigen Mitarbeiter und Abgeordneten des Bundestages eine Globalalternative zum ursprünglichen V-13 erstellt, da wir auch zu 5G-Technologie eine genauso evidenzbasierte wie dem Vorsorgeprinzip folgende Positionierung der Partei für angemessen halten und zudem klarstellen wollen, wie lohnend es ist, die Möglichkeiten der Technologie für die Transformation zu einer ökologisch-sozialen Gesellschaft zu nutzen. Die Streichung dieses Abschlussabsatzes gehört dazu.

Impfpflicht gegen Masern ablehnen



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Antragskommission
Beschlussdatum: 14.11.2019

Änderungsantrag zu V-15

Von Zeile 1 bis 1 einfügen:

(Platzhaltertext Antragskommission für Verfahrensvorschlag V-34)

Impfpflicht gegen Masern ablehnen



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Sigrid Beer (KV Paderborn)

Titel

Ändern in:

Ersetze Titel durch: Impfschutz für alle

Änderungsantrag zu V-15

Von Zeile 1 bis 1 einfügen:

Globalalternative, ersetze den Antragstext durch:

Die Delegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen möge beschließen:

Impfungen sind gelebte Solidarität. Masern und andere Infektionskrankheiten müssen endlich eliminiert werden. Wer geimpft ist, schützt sich und vor allem auch seine Mitmenschen.

Wir benötigen eine umfassende Impfstrategie, die Möglichkeiten umfänglich und flächendeckend nutzt, um den „Herdenschutz“ in allen Lebensaltern zu sichern.

Zu einer Impfstrategie gehören darüber hinaus konkrete Maßnahmen wie ein Einladungswesen von Hausärzten, Reihenimpfungen in KiTa und Schule, um den Impfschutz zu komplettieren, gehören genauso dazu wie das Mitimpfen der Erwachsenen in der (Kinder-) Arztpraxis, das Impfen in Betrieben und Behörden. Weitere niedrigschwellige Angebote im öffentlichen Raum wie kommunalen Räumen oder auch Einkaufszentren können flächendeckend aufgelegt werden. Ein digitaler Impfausweis, der Nicht-Geimpfte erinnert, wird ebenso benötigt wie breite Aufklärungskampagnen, welche die Bevölkerung regional- und zielgruppenspezifisch informieren. Unerlässlich ist darüber hinaus eine Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, vor allem in ländlichen oder sozial benachteiligten Regionen.

Wir Grüne finden eine Nachweispflicht in KiTas richtig. Bei Ausgestaltung einer umfassenden Impfstrategie mit den dargelegten Maßnahmen, würde der fehlende Nachweis des Impfstatus für den Kitabesuch nur in wenigen Fällen zu einem Ausschluss führen.

Begründung

Impfschutz für alle ist wichtig. Im Zentrum muss eine Impfstrategie stehen, die auch Jugendliche und Erwachsene erreicht. Die Impfquoten müssen in allen Zielgruppen ausreichen. Dazu ist eine Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes notwendig wie auch flächendeckende Aufklärung. Es geht nicht um Impfpflicht, sondern um einen Impfnachweis. Der ist dann auch in der KiTa zu begrüßen.

weitere Antragsteller*innen

Kordula Schulz-Asche (KV Main-Taunus); Katja Dörner (KV Bonn); Maria Klein-Schmeink (KV Münster); Rene Scherf (KV Paderborn); Jonathan Weickart (KV Paderborn); Uwe Josuttis (KV Kassel-Stadt); Lothar Beer (KV Paderborn); Norika Creuzmann (KV Paderborn); Sven Lehmann (KV Köln); Stephan Wiese (KV Stormarn); Stefen Mario Schrapp (KV Ravensburg); Henriette Katzenstein (KV Odenwald-Kraichgau); Petra Tebbe (KV Paderborn); Ann-Kathrin Tranziska (KV Pinneberg); Kerstin Celina (KV Würzburg-Land); Norbert Czerwinski (KV Düsseldorf); Martin Drees (KV Plön); Kathrin-Rosa Rose (KV Mülheim); Christian Burkert (KV Paderborn); sowie 1 weitere Antragsteller*in, die online auf Antragsgrün eingesehen werden kann.

„Die inklusive Gesellschaft gestalten, Demokratie bewahren, Spaltung und Ausgrenzung bekämpfen“



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 21.10.2019

Änderungsantrag zu V-18

Von Zeile 2 bis 4:

droht der Verfall des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Ganze Bevölkerungsschichten werden ausgegrenzt. ~~Rassismus, Antisemitismus und Sexismus nehmen~~ **Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nimmt** zu und ~~werden~~ **wird** verstärkt durch die Politik der AfD, mit der nun eine völkische Partei in den Parlamenten vertreten ist. Die

Von Zeile 6 bis 8:

und Lebensbedingungen. Eigeninteressen werden auf Kosten gemeinsamer Lösungen durchgesetzt. Es kommt zu einem umfassenden Verlust von Werten wie ~~Toleranz~~ **Gleichberechtigung** und Wahrhaftigkeit in ideologischen Auseinandersetzungen, in denen Augenmaß und differenzierte Darstellung keinen

„Die inklusive Gesellschaft gestalten, Demokratie bewahren, Spaltung und Ausgrenzung bekämpfen“



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 21.10.2019

Änderungsantrag zu V-18

Von Zeile 10 bis 16:

Andererseits wächst die Bereitschaft, sich für die Teilhabe anderer einzusetzen. Die Akzeptanz von ~~Andersartigkeit~~**Vielfalt** nimmt ebenso zu wie die Bereitschaft zu finanzieller Unterstützung und zivilgesellschaftlichem Engagement für Benachteiligte. Menschen streben zunehmend nach gemeinschaftlichen Lebensentwürfen. Genau diese Haltungen braucht es für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. ~~Sie braucht es auch, wenn wir die Erde für nachfolgende Generationen lebenswert erhalten möchten.~~ Dies verlangt konsequente Entscheidungen und radikalen Wandel in vielen Bereichen.

„Die inklusive Gesellschaft gestalten, Demokratie bewahren, Spaltung und Ausgrenzung bekämpfen“

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 21.10.2019

Änderungsantrag zu V-18

Von Zeile 17 bis 27 löschen:

~~Nur mit demokratischen Werten und Kooperation sind Krisen zu meistern~~

~~Doch ausgerechnet jetzt steht unsere Demokratie unter erheblichem Druck. Parteien der neuen Rechten gewinnen im Herzen Europas spürbar an Einfluss. In Deutschland befinden sich die ehemaligen Volksparteien in der Krise. Die von gegenseitigem Überdruß geprägte Große Koalition steht weiterhin auf der Kippe. Gleichzeitig wächst die Zustimmung für grüne Politik. In vielen Städten stellen wir mittlerweile die stärkste Kraft, und auch im ländlichen Bereich erfahren wir große Zustimmung. Ein Stimmungsumschwung in Richtung grüner Meinungsführerschaft und grüner Gestaltungsmehrheiten scheint mit Händen greifbar nahe zu sein. Viele spüren: Es geht zunehmend um die eigene Existenz, zumindest die unserer Kinder. Klimaerwärmung und Artensterben müssen in Grenzen gehalten werden, sonst stirbt am Ende der Mensch selbst.~~

„Die inklusive Gesellschaft gestalten, Demokratie bewahren, Spaltung und Ausgrenzung bekämpfen“



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 21.10.2019

Änderungsantrag zu V-18

Von Zeile 29 bis 32:

Die freie und offene Gesellschaft gehört zu unserer grünen DNA. Eine vielfältige Gesellschaft ~~mit unterschiedlichen Menschen, Gruppen, Zugehörigkeiten, Interessen, Kulturen, Glaubens- und Lebensweisen lässt sich niemals auf nur eine einzige „Wahrheit“ reduzieren~~ lässt Raum für freie Entfaltung von Individuen und ihren unterschiedlichen Interessen, Kulturen, Glaubens- und Lebensweisen und schreibt niemandem vor, wie er oder sie zu denken oder zu sein hat, wie es in nationalistischen und diktatorischen Systemen zumeist zentral angelegt ist. In den

„Die inklusive Gesellschaft gestalten, Demokratie bewahren, Spaltung und Ausgrenzung bekämpfen“



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 21.10.2019

Änderungsantrag zu V-18

Von Zeile 35 bis 36:

Verteidigung von Freiheit und ~~Offenheit~~Selbstbestimmung benötigen jedoch eine Ergänzung, wenn sie nach einem Mehr trachten, als sich allein auf neoliberales Nützlichkeitsdenken zu reduzieren. Wir

Von Zeile 40 bis 42:

inklusive Gesellschaft, die für die Unterschiedlichkeit der Menschen Raum schafft und sie zu einem verständnisvollen, toleranten und offenen Umgang in der ~~Gemeinschaft~~Gesellschaft ermutigt, kann den vielfältigen An- und Herausforderungen unserer Zeit standhalten.

„Die inklusive Gesellschaft gestalten, Demokratie bewahren, Spaltung und Ausgrenzung bekämpfen“



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 21.10.2019

Änderungsantrag zu V-18

Von Zeile 49 bis 51:

~~Wir sind der Auffassung, dass der Gedanke der~~Inklusion ~~zentral~~gehört zu einer gerechten Gesellschaft ~~gehört~~ und ~~muss~~ daher im politischen Handeln von Bündnis 90/Die Grünen gestärkt und fest verankert werden ~~muss~~.

„Die inklusive Gesellschaft gestalten, Demokratie bewahren, Spaltung und Ausgrenzung bekämpfen“



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 21.10.2019

Änderungsantrag zu V-18

Von Zeile 67 bis 68 löschen:

Auf die ~~eingangs-beschriebenen~~ besorgniserregenden Entwicklungen, die unsere Demokratie zunehmend spalten und gefährden, brauchen wir klare, vorwärts gewandte Antworten. Was wir

„Die inklusive Gesellschaft gestalten, Demokratie bewahren, Spaltung und Ausgrenzung bekämpfen“



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 21.10.2019

Änderungsantrag zu V-18

Von Zeile 84 bis 85 einfügen:

- Bündnis 90/DIE GRÜNEN stehen für eine grundsätzliche **Haltung**[Leerzeichen]in einer inklusiven Gesellschaft: einen wertschätzenden Umgang miteinander, eine fruchtbare politische

Von Zeile 90 bis 95 löschen:

- und machen sie zu einem Grundprinzip unserer Programme und unseres praktischen Handelns. ~~Deshalb achten wir insbesondere bei Listenaufstellungen für die Parlamente aller politischen Ebenen sowie bei den Kandidaturen für Parteiämter darauf, dass die Vielfalt der Gesellschaft abgebildet ist und Menschen unterschiedlicher Ethnien, unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher sozialer Herkunft und unterschiedlicher Behinderungen auf aussichtsreiche Plätze gesetzt werden.~~

Persischer Golf: Deeskalation jetzt!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Frithjof Schmidt (KV Bochum)

Änderungsantrag zu V-22

Von Zeile 113 bis 116:

US-geführten Mission „Sentinel“ im Persischen Golf lehnen wir ab, da diese keinen deeskaltiven Charakter hat. ~~Einem robusten Einsatz der Bundeswehr im Persischen Golf werden wir nur im Rahmen einer völkerrechts- und grundgesetzkonformen Mission, einem rein deeskalativen Charakter und mit einem Mandat der Vereinten Nationen zustimmen.~~ Ohne den Rahmen einer völkerrechts- und grundgesetzkonformen Mission und ein Mandat der Vereinten Nationen werden wir keinem Einsatz der Bundeswehr zustimmen.

weitere Antragsteller*innen

Agnieszka Brugger (KV Ravensburg); Uwe Kekeritz (KV Neustadt/Aisch-Bad Windsheim); Katja Keul (KV Nienburg); Claudia Roth (KV Augsburg-Stadt); Filiz Polat (KV Osnabrück-Land); Jürgen Trittin (KV Göttingen); Michael Bloss (KV Stuttgart); Anna Cavazzini (KV Chemnitz); Sara Nanni (KV Düsseldorf); Laura Brehme (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Martin Wilk (KV Berlin-Kreisfrei); Philipp Gärtner (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Juliana Wimmer (Berlin-Kreisfrei KV); Sibylle Steffan (KV Berlin-Neukölln); Werner Graf (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Anna Hoppenau (KV Berlin-Neukölln); Anne-Lena Heiland (KV Berlin-Neukölln); Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); sowie 2 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Vision Zero: Ja zu mehr Sicherheit im Straßenverkehr!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 21.10.2019

Änderungsantrag zu V-24

Von Zeile 53 bis 62:

Für ein sicheres Miteinander im Straßenverkehr ist die Fahrtüchtigkeit das A und O! Deshalb wollen wir GRÜNE ~~zukünftig Gewissheit über~~ die gesundheitliche Eignung der Personen, die sich motorisiert auf den Straßen bewegen, stärker in den Vordergrund rücken. Regelmäßige Sehtests und ärztliche Gesundheitsprüfungen sind für uns hier ein geeignetes Mittel, um jede*r Verkehrsteilnehmer*in über die eigene Fahrtüchtigkeit Gewissheit zu geben und im Falle eines Falles die Öffentlichkeit durch (vorläufigen) Führerscheinentzug zu schützen. ~~Alle zwei Jahre werden wir hier zukünftig Anforderungen stellen~~. Da Altersdiskriminierung für uns grundsätzlich nicht in Frage kommt und ohnehin auch junge Menschen vor (schleichenden) Verschlechterungen der Fahrtüchtigkeit nicht gefeit sind, ~~werden wir allen~~ soll es für alle Fahrzeugführer*innen unabhängig ihres Alters ~~diese Anforderungen stellen~~ Angebote für Seh- und Tauglichkeitstests geben.

Vision Zero: Ja zu mehr Sicherheit im Straßenverkehr!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 21.10.2019

Änderungsantrag zu V-24

Von Zeile 71 bis 78:

Straßenverkehr ist, auch hinsichtlich der Verkehrsregeln, heute ein anderer als 1978, 1998 oder 2018! Damit sich alle nach den gleichen Regeln bewegen können, ist es ~~notwendig, dass auch alle die gleichen Regeln kennen. Wir halten es sowohl für notwendig als auch für zumutbar, dass Fahrzeugführer*innen sich über neue Verkehrsregeln und Verordnungen informieren und diese neuerliche Sachkenntnis auch nachweisen. Wir werden zukünftig bestehende Fahrerlaubnisse und neu erteilte Fahrerlaubnisse zeitlich begrenzen. Alle 5 Jahre werden wir uns der Kenntnis über neue Verkehrsregeln und Verordnungen von motorisierten Fahrzeugführer*innen vergewissern.~~ wichtig, dass auch alle die gleichen Regeln kennen. Wir halten Fahrzeugführer*innen dazu an, sich über neue Verkehrsregeln und Verordnungen zu informieren

Vision Zero: Ja zu mehr Sicherheit im Straßenverkehr!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 21.10.2019

Änderungsantrag zu V-24

Von Zeile 79 bis 84 löschen:

~~Wir werden dabei darauf achten, dass der Erwartungshorizont des Sachkundenachweises klar formuliert ist und der Sachkundenachweis niederschwellig erbracht werden kann. Für evtl. notwendige Schulungsfälle haben wir in Deutschland einen funktionierenden Wettbewerb der Fahrschulen, so dass dieser auch überschaubare Kosten sicherstellen wird. Falls dennoch erforderlich, werden wir die Höchstkosten des Sachkundenachweises in einer gesetzlichen Kostenordnung klarstellen.~~

Vision Zero: Ja zu mehr Sicherheit im Straßenverkehr!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 21.10.2019

Änderungsantrag zu V-24

Von Zeile 94 bis 98:

ist zur Leistung der Ersten Hilfe verpflichtet und deshalb werden wir hier zukünftig alle ~~drei Jahre~~
~~Auffrischungskurse von motorisierten Verkehrsteilnehmer*innen einfordern. Wir orientieren uns~~
~~dabei an den bestehenden zeitlichen Vorgaben für den Umgang mit vergleichbar gefährlichen~~
~~Maschinen in Industrie und Gewerbe.~~ zehn Jahre Auffrischungskurse von motorisierten
Verkehrsteilnehmer*innen einfordern. Die Pflicht zur Ersten-Hilfe-Leistung ist für uns so
unmissverständlich, dass wir die Verlängerung der Fahrerlaubnis damit verbinden

Vision Zero: Ja zu mehr Sicherheit im Straßenverkehr!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 21.10.2019

Änderungsantrag zu V-24

Von Zeile 106 bis 110:

im Falle eines Falles sowohl forensisch, als auch wissenschaftlich auswerten können. Nur so können wir Unfälle zukünftig mit der besten Wirkung vermeiden. Deshalb werden wir ~~zukünftig~~zunächst prüfen, ab wann in Deutschland ausschließlich Fahrzeuge ~~zulassen~~zugelassen werden können, die über einen digitalen Fahrtenschreiber in einer vor Manipulationen geschützten Black Box verfügen und welche datenschutzrechtlichen Voraussetzungen dafür nötig sind. Davon erhoffen wir uns sowohl einen wichtigen Beitrag zur Unfallprävention und zur technischen Fortentwicklung von

Vision Zero: Ja zu mehr Sicherheit im Straßenverkehr!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 21.10.2019

Änderungsantrag zu V-24

Von Zeile 137 bis 150:

insbesondere Kleinkinder. Wir wollen jedoch, dass zukünftig eine verstärkte Orientierung an den Sicherheitsbedürfnissen von anderen Verkehrsteilnehmer*innen erfolgt ~~und sich dies auch im Zulassungsrecht wiederfindet. Neufahrzeuge, die in staatlichen Kollisionsversuchen stark negative Abweichungen der Sicherheit für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen aufweisen, werden wir zukünftig nicht für den öffentlichen Straßenverkehr zulassen. Von diesem Grundsatz werden wir abweichen, wenn die Fahrzeughalter*innen einer Berufs- oder Tätigkeitsgruppe angehören, die einen tatsächlichen Bedarf an den Konstruktionsveränderungen nachweisen kann. Hierbei werden wir jedoch eine räumliche Beschränkung der Zulassung, bspw. grundsätzlich in Innenstädten oder außerhalb eines definierten Radius des Geschäftsgebietes, vornehmen.~~

~~Es gibt einen Unterschied zwischen tatsächlichen Notwendigkeiten und gefühlten Notwendigkeiten. Wir orientieren uns an den tatsächlichen Notwendigkeiten und stellen darüber hinaus die objektive Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer*innen über das subjektive Sicherheitsgefühl einzelner Fahrzeugführer*innen.~~

Vision Zero: Ja zu mehr Sicherheit im Straßenverkehr!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 21.10.2019

Änderungsantrag zu V-24

Von Zeile 167 bis 172:

sind mit hohen bürokratischen Hürden verbunden. Wir werden daher diese Regelung reformieren und Schutzräume in den Kreuzungs- und Einmündungsbereichen mit ~~einem zusätzlichen-Vorschriftenzeichen~~ Markierungen auf der Straße deutlicher kennzeichnen. Damit werden wir nicht wie jetzt mit einem pauschalen, ggf. ungenügenden Sicherheitsbereich arbeiten, sondern den Kommunen ein Instrument in die Hand geben, um Kreuzungen und Einmündungen ~~mit reduziertem baulichen Aufwand und damit~~ unbürokratischer und preiswerter sicherer zu gestalten.

Vision Zero: Ja zu mehr Sicherheit im Straßenverkehr!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 21.10.2019

Änderungsantrag zu V-24

Von Zeile 173 bis 177:

~~Dieses Vorschriftenzeichen wird sich von den bekannten Richtzeichen für Halte- oder Parkverbot optisch deutlich unterscheiden, Verstöße gegen das Vorschriftenzeichen werden wir im Bußgeldkatalog sehr empfindlich gegenüber von Verstößen gegen die bekannten Richtzeichen abheben~~
Verstöße gegen die Markierung werden wir im Bußgeldkatalog hoch belegen, die Gefährdung wird eindeutiger benannt. Damit geben wir den Kommunen auch mehr Möglichkeiten in die Hand, um gefährdende Fahrzeuge schneller umsetzen zu können und

Vision Zero: Ja zu mehr Sicherheit im Straßenverkehr!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 21.10.2019

Änderungsantrag zu V-24

Von Zeile 181 bis 199:

~~Bußgelder nehmen im Straßenverkehr die wichtige Funktion ein. Die Belehrung über Fehlverhalten und damit verbundene Gefahren soll mit einem gewissen persönlichen Ärgernis versehen werden und damit einen Lerneffekt sicherstellen. Dies ist zwingend notwendig, um von Verfehlungen ausgehende Gefahren zukünftig zu vermeiden und den Verkehr damit langfristig sicherer zu gestalten. Das Ärgernis durch das Bußgeld ist allerdings maßgeblich davon abhängig, ob die Höhe des Bußgeldes auch wirklich ärgert! Der heutige Bußgeldkatalog sieht für alle Einkommensschichten ein gleichbleibendes Bußgeld vor. Damit ist der Grad des Lerneffektes für höhere Einkommensgruppen deutlich geringer als für niedrigere Einkommensgruppen. Ein Rabatt für Gutverdiener*innen ist an dieser Stelle aber nicht angebracht, denn von ihrem Fehlverhalten geht die gleiche Gefahr aus, wie durch das Fehlverhalten von Geringverdiener*innen. Wir GRÜNE wollen zukünftig sicherstellen, dass der wichtige Lerneffekt bei allen Einkommensgruppen in gleichem Maße sichergestellt werden kann. Deshalb werden wir, auch um alle Verkehrsteilnehmer*innen vor den möglichen Gefahren zu bewahren, Bußgeldhöhen zukünftig automatisiert an Einkommensgruppen anpassen. Hierbei werden wir einen automatisierten Datenabgleich mit den Finanzämtern vornehmen. Für den Fall, dass das beim Finanzamt geltend gemachte Einkommen deutlich vom jeweiligen Fahrzeugwert abweicht, werden wir im Ausnahmefall auch den Fahrzeugwert als Bemessungsgrundlage zulassen.~~

~~Wir GRÜNE werden damit Bußgelder sowohl sozial gerechter, als auch im Endeffekt wirkungsvoller gestalten und damit den sicherheitsrelevanten Lerneffekt erhöhen.~~

Geldbußen bei Fehlverhalten im Straßenverkehr haben eine wichtige Funktion für die Verkehrssicherheit. Denn sie sollen die Belehrung über das Fehlverhalten und die damit verbundenen Gefahren verstärken und so zu einem Lerneffekt für künftig ordnungsgemäßes Verhalten führen. Das setzt nicht nur eine angemessene Höhe der Geldbuße, sondern auch ihre individuelle Spürbarkeit voraus. Daran fehlt es aktuell, weil der Bußgeldkatalog für Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr die jeweilige Einkommenssituation nicht berücksichtigt. Das ist nicht nur sozial ungerecht, sondern führt dazu, dass Geldbußen für Gutverdiener*innen weniger spürbar sind als für Geringverdiener*innen. Im Strafrecht dagegen orientiert sich die Geldstrafe am ggf. zu schätzenden Nettoeinkommen. Wir wollen deshalb eine wirkungsgleiche und für automatisierte Massenverfahren geeignete Regelung für die Geldbußen bei Verkehrsordnungswidrigkeiten einführen.

Vision Zero: Ja zu mehr Sicherheit im Straßenverkehr!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 21.10.2019

Änderungsantrag zu V-24

Von Zeile 218 bis 220:

Wir werden daher die Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen grundsätzlich regeln und uns mit maximal ~~120~~130 km/h an den positiven Erfahrungswerten und der gelebten Praxis unserer europäischen Nachbarn orientieren – und haben mit dieser Maximalhöhe auch die Mehrheit der Bevölkerung hinter uns.

Stop Killer Robots - Autonome Waffensysteme verhindern und weltweit ächten



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Nikolas Becker (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg)

Änderungsantrag zu V-25

Von Zeile 129 bis 130 einfügen:

- im Umgang mit Chemiewaffen, dass Forschung betrieben wird, wie Menschen sich gegen die Nutzung von LAWS schützen können, wie menschliche Kontrolle in Systemen aufrechterhalten werden kann und wie die Verifikation eines möglichen zukünftigen Verbotsvertrages sichergestellt werden kann.

Begründung

Ergänzung im Sinne des 1. Kommentars https://antraege.gruene.de/44bdk/Stop_Killer_Robots_-_Autonome_Waffensysteme_verhindern_und_weltweit_aec-59505?commentId=1150#comm1150

weitere Antragsteller*innen

Sara Nanni (KV Düsseldorf); Hannah Marie Neumann (KV Berlin-Lichtenberg); Agnieszka Brugger (KV Ravensburg); Jakob Wilke (KV Berlin-Lichtenberg); Juliana Wimmer (Berlin-Kreisfrei KV); Matthias Oomen (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Michael Sebastian SchneiB (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Dr. Theodoros Ioannidis (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Aida Baghernejad (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Dominik Reich (KV Berlin-Neukölln); Marcel Dickow (KV Berlin-Mitte); Laura Sophie Dornheim (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); David Krystof (KV Kleve); Martin van Elten (KV Halle); Tobias Wolf (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Silvia Rothmund (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Johanna Mellentin (KV Berlin-Kreisfrei); sowie 1 weitere Antragsteller*in, die online auf Antragsgrün eingesehen werden kann.

Kein Frieden ohne Feminismus – für eine feministische Außenpolitik



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: KV Friedrichshain-Kreuzberg
Beschlussdatum: 22.10.2019

Änderungsantrag zu V-27

Von Zeile 36 bis 37 einfügen:

und wollen sie als eines der Grundprinzipien deutscher und europäischer Außenpolitik verankern. Gleichzeitig sind wir uns bewusst, dass wir als westliche und in der Mehrheit weiße Feminist*innen eine privilegierte Perspektive einnehmen. Es ist wichtig, dass wir unsere aus vielschichtigen Machtverhältnissen resultierende Position reflektieren und dieses Bewusstsein in unsere Ziele und Handlungen einfließen lassen. Feministische Stimmen aus dem globalen Süden sind für uns zentrale Akteur*innen und wir beziehen sie als Expert*innen aktiv mit in unsere Außenpolitik ein.

Kein Frieden ohne Feminismus – für eine feministische Außenpolitik



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Anna Hoppenau (Berlin-Neukölln KV)

Änderungsantrag zu V-27

Von Zeile 177 bis 178 einfügen:

diplomatische Dienst und die Bundeswehr müssen mehr dafür tun, dass alle den Beruf besser mit ihrer Familie vereinen können. Die Bundesregierung muss, wie im Rahmen der Yogyakarta-Allianz gefordert, schnellstmöglich ein Inklusionskonzept für LGBTIQ* in der deutschen Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit vorlegen.

Begründung

Feministische Außenpolitik denkt die Belange aller marginalisierter Gruppen mit und verändert Außen- und Entwicklungspolitik entsprechend. Die Yogyakarta-Prinzipien wenden Menschenrechte in Bezug auf sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität an. Diese Perspektive sollte mit einem umfassenden Inklusionskonzept für LGBTIQ* in den entsprechenden Ministerien berücksichtigt werden.

weitere Antragsteller*innen

Henrik Rubner (KV Berlin-Mitte); Anne-Lena Heiland (KV Berlin-Neukölln); Philipp Gärtner (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Jens Christoph Parker (Osnabrück-Stadt KV); André Stephan (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Laura Brehme (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow); Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte); Kai Gehring (KV Essen); Sebastian Walter (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Magnus Heise (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Santina Wey (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Vivian Weitzl (Berlin-Neukölln KV); Annkatrin Esser (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Andreas Ewald (KV Darmstadt); Bertram von Boxberg (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Susanne Hartig-Postalci (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Malena Weduwen (KV Berlin-Neukölln)

Kein Frieden ohne Feminismus – für eine feministische Außenpolitik



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 21.10.2019

Änderungsantrag zu V-27

Von Zeile 218 bis 221:

Selbsthilfekompetenzen stärken und gesellschaftlich über das Thema sexualisierte Gewalt aufklären. ~~Es darf keine Kooperationen mit autoritären Regimen geben, die Flucht und Migration verhindern wollen.~~ Kooperationen mit autoritären Staaten sind besonders kritisch zu betrachten, weil dabei oft fundamentale Menschenrechte verletzt werden. Anreize mit dem Ziel die europäischen Außengrenzen weit vor Europa zu schließen oder Projekte, in Bereichen der sogenannten Sicherheitspartnerschaften oder die Umwidmung entwicklungspolitischer Gelder für menschenrechtlich problematische Grenzschutzprojekte oder menschenrechtswidrige Rücknahmeabkommen lehnen wir ab. Frauen und Mädchen, die häufig ohnehin weniger Möglichkeiten zu Flucht und Migration haben als Männer, leiden besonders unter den Abschottungstendenzen.

Kein Frieden ohne Feminismus – für eine feministische Außenpolitik



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

Änderungsantrag zu V-27

Von Zeile 218 bis 222:

Selbsthilfekompetenzen stärken und gesellschaftlich über das Thema sexualisierte Gewalt aufklären. ~~Es darf keine~~ Immer wieder werden bei Kooperationen mit autoritären Regimen geben, die Flucht und Migration verhindern wollen Abkommen zur Migrationsbekämpfung Menschenrechte missachtet. Solche Kooperationen lehnen wir ab. Bestehende Abkommen und Kooperationen können nur fortgeführt werden, wenn Menschenrechte geschützt werden. Frauen und Mädchen, die häufig ohnehin weniger Möglichkeiten zu Flucht und Migration haben als Männer, leiden besonders unter den Abschottungstendenzen. Kooperationen, wie das EU-Türkei-Statement, erzeugen sehenden Auges unwürdige Situationen in überfüllten Hotspots an den EU-Außengrenzen, wodurch besonders Frauen, Kindern und LGBTIQ* nicht die notwendigen Schutzräume gewährt werden, sodass sie immer wieder Opfer von Gewalt werden. Statt den Flüchtlingsschutz zunehmend vor die Tore Europas auszulagern, braucht es sichere

weitere Antragsteller*innen

Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Michael Sebastian Schneiße (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Simon Dylla (KV Main-Taunus); Kajo Aicher (Bodenseekreis KV); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Felix Lütke (KV Duisburg); Claudia Schulte (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Carola Scheibe-Köster (KV Berlin-Neukölln); Ghalia EL Boustami (KV Wolfenbüttel); Marcus Schmitt (KV Main-Taunus); Astrid Rothe-Beinlich (Erfurt KV); Luisa Schwab (KV Köln); Karolina Ziehm (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Ulrike Krause (KV Wolfenbüttel); Achim Jooß (KV Ortenau); Tobias Wolf (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Stephan Wiese (KV Stormarn); sowie 5 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Kein Frieden ohne Feminismus – für eine feministische Außenpolitik



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

Änderungsantrag zu V-27

Von Zeile 225 bis 228:

schutzbedürftige Frauen und Kinder aus dem Nordirak zeigt, wie wichtig Aufnahmekontingente sein können. ~~Auch der Familiennachzug~~ Eine deutliche Vereinfachung des Familiennachzugs und ~~das zusätzliche~~ Resettlement-~~Programm des UNHCR können~~ Programme würden Frauen und Mädchen vor den geschlechtsspezifischen Gefahren auf der Flucht bewahren. Nur durch legale und ~~helfen dabei,~~ sichere Fluchtmöglichkeiten, können frühzeitig jene ~~zu~~ identifizieren identifiziert werden, die besonders schutzbedürftig sind.

weitere Antragsteller*innen

Michael Bloss (KV Stuttgart); Stefan Lange (KV Berlin-Neukölln); Sven Lehmann (KV Köln); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Werner Graf (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Astrid Rothe-Beinlich (Erfurt KV); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Jutta Paulus (KV Neustadt-Weinstraße); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Claudia Schulte (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Martin Wilk (KV Berlin-Kreisfrei); Anna Cavazzini (KV Chemnitz); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Sebastian Walter (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Sascha Schießl (Hannover RV); Stefan Ziller (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf); Wolfgang Schmidt (KV Berlin-Kreisfrei); Thore Hagemann (KV Berlin-Neukölln); sowie 12 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Prinzip der europäischen Spitzenkandidat*innen absichern, europäische Demokratie stärken, verfassungsgerichtliche Kontrolle respektieren

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Franziska Brantner (KV Heidelberg)

Änderungsantrag zu V-31

Von Zeile 4 bis 15:

haben gezeigt, dass das Prinzip der europäischen Spitzenkandidat*innen rechtlich abgesichert werden muss. Das Prinzip garantiert, dass sich alle Kandidat*innen für das wichtigste Amt der Europäischen Union den Wählerinnen und Wählern zur öffentlichen Prüfung stellen müssen. Das ist ein riesiger Fortschritt für die Europäische Demokratie, den wir erhalten und ausbauen wollen. Wir begrüßen die Pläne der neuen Kommissionspräsidentin, bis Mitte 2020 legislative Vorschläge für eine Verbesserung und Europäisierung der Europawahl vorzulegen. Eine mögliche Stärkung des Spitzenkandidat*innenprinzips wäre die Festlegung, dass nur Mitglieder des Europäischen Parlaments durch dieses als Präsident*in der EU-Kommission vorgeschlagen werden können. Es würde das Parlament und die Bindung der EU-Kommission an die Europawahl weiter stärken, wenn auch Kommissar*innen nur aus der Mitte des Parlaments vorgeschlagen werden. Das Spitzenkandidat*innenprinzip ist das beste Argument gegen die Verleumdung der EU-Kommission als ungewählte Technokraten und besser umgesetzt werden muss. Das Prinzip garantiert, dass sich alle Kandidat*innen für das wichtigste Amt der Europäischen Union den Wählerinnen und Wählern zur öffentlichen Prüfung stellen müssen. Das ist ein riesiger Fortschritt für die Europäische Demokratie, den wir erhalten und ausbauen wollen. Wir begrüßen die Pläne der neuen Kommissionspräsidentin, bis Mitte 2020 legislative Vorschläge für eine Verbesserung und Europäisierung der Europawahl vorzulegen.

weitere Antragsteller*innen

Dorothea Kaufmann (KV Heidelberg); Lukas Weber (KV Heidelberg); Moritz Damm (KV Heidelberg); Julia Hildenbrand (KV Heidelberg); Teresa Fanz (KV Heidelberg); Nicolás Lutzmann (KV Heidelberg); Felix Grädler (KV Heidelberg); Florian Kollmann (KV Heidelberg); Manuel Sarrazin (KV Hamburg-Harburg); Ilona Trotter (KV Heidelberg); Derek Cofie-Nunoo (KV Heidelberg); Fadime Tuncer (KV Neckar-Bergstraße); Frieda Fiedler (KV Neckar-Bergstraße); David Esders (Heidelberg KV); Reinhild Maria Hugenothe (Wittenberg KV); Arnhilt Kuder (KV Heidelberg); Andreas Bühler (KV Karlsruhe); Jonas Wille (KV Darmstadt); Marcel Ernst (KV Göttingen); sowie 3 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

***Prinzip der europäischen
Spitzenkandidat*innen absichern, europäische
Demokratie stärken, verfassungsgerichtliche
Kontrolle respektieren***



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 24.10.2019

Änderungsantrag zu V-31

Von Zeile 11 bis 15 löschen:

Mitglieder des Europäischen Parlaments durch dieses als Präsident*in der EU-Kommission vorgeschlagen werden können. ~~Es würde das Parlament und die Bindung der EU-Kommission an die Europawahl weiter stärken, wenn auch Kommissar*innen nur aus der Mitte des Parlaments vorgeschlagen werden.~~ Das Spitzenkandidat*innenprinzip ist das beste Argument gegen die Verleumdung der EU-Kommission als ungewählte Technokraten.

Prinzip der europäischen Spitzenkandidat*innen absichern, europäische Demokratie stärken, verfassungsgerichtliche Kontrolle respektieren

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Sibylle Steffan (KV Berlin-Neukölln)

Änderungsantrag zu V-31

Von Zeile 12 bis 15:

vorgeschlagen werden können. Es würde das Parlament und die Bindung der EU-Kommission an die Europawahl weiter stärken, wenn ~~auch Kommissar*innen nur~~ zuerst das Europäische Parlament innerhalb einer bestimmten Frist einen gemeinsamen Personalvorschlag für eine*n Kommissionspräsident*in aus Reihen der Mitte des Parlaments vorgeschlagen werden ~~Spitzenkandidat*innen vorlegen muss, den der anschließend tagende Europäische Rat aufgreifen muss~~. Das Spitzenkandidat*innenprinzip ist das beste Argument gegen die Verleumdung der EU-Kommission als ungewählte Technokraten.

weitere Antragsteller*innen

Jonathan Worth (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Andrea Wörle (KV Duisburg); Anna Cavazzini (KV Chemnitz); Miriam Matz (KV Saalekreis); Daniel Freund (KV Aachen); Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Andreas Bühler (KV Karlsruhe); Michael Bloss (KV Stuttgart); Andreas Hoffmann (KV Braunschweig); Jan Vlamynck (KV Hamburg-Bergedorf); Tilman Krösche (KV Braunschweig); Lea Haas (KV Berlin-Pankow); Hans Schwanitz (KV Köln); Felix Lütke (KV Duisburg); Jule Wenzel (KV Duisburg); Sebastian Fietkau (KV Mannheim); Nyke Slawik (KV Düsseldorf); Robin Völker (KV Berlin-Neukölln); Georg P. Kössler (KV Berlin-Neukölln)

Prinzip der europäischen Spitzenkandidat*innen absichern, europäische Demokratie stärken, verfassungsgerichtliche Kontrolle respektieren

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Franziska Brantner (KV Heidelberg)

Änderungsantrag zu V-31

Von Zeile 16 bis 17:

~~Die effektivste~~ Eine effektive Möglichkeit zur Stärkung des Spitzenkandidat*innenprinzips bieten transnationale Listen, die von den europäischen Parteien aufgestellt und von den

Von Zeile 27 bis 30:

Parlaments als Haus der europäischen Demokratie beteiligen. Die Aufstellung transnationaler Wahllisten ist dafür ~~der beste~~ ein wichtiger Katalysator. Die Verwendung der europäischen Parteinaamen ~~und logos~~ gemeinsam mit den nationalen auf Stimmzetteln, auf Postern und Kampagnenmaterial wäre die logische Folge transnationaler Wahllisten, sollte aber auch unabhängig davon Ausdruck

weitere Antragsteller*innen

Dorothea Kaufmann (KV Heidelberg); Lukas Weber (KV Heidelberg); Moritz Damm (KV Heidelberg); Julia Hildenbrand (KV Heidelberg); Teresa Fanz (KV Heidelberg); Nicolás Lutzmann (KV Heidelberg); Felix Grädler (KV Heidelberg); Florian Kollmann (KV Heidelberg); Ilona Trotter (KV Heidelberg); Burkhard Margies (KV Heidelberg); Derek Cofie-Nunoo (KV Heidelberg); Fadime Tuncer (KV Neckar-Bergstraße); Frieda Fiedler (KV Neckar-Bergstraße); David Esders (Heidelberg KV); Reinhild Maria Hugenroth (Wittenberg KV); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Tilman Krösche (KV Braunschweig); Arnhilt Kuder (KV Heidelberg); Andreas Bühler (KV Karlsruhe); sowie 4 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Prinzip der europäischen Spitzenkandidat*innen absichern, europäische Demokratie stärken, verfassungsgerichtliche Kontrolle respektieren

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 24.10.2019

Änderungsantrag zu V-31

Von Zeile 23 bis 32:

unterstützen. Sie bietet den Parteien einen starken Anreiz, EU-weite Programme zu entwerfen und die Bürger und Bürgerinnen in der gesamten Europäischen Union anzusprechen. ~~Die nationalen Parteien müssen sich endlich grundlegend Richtung Europa öffnen und sich an einer echten europäischen Parteiendemokratie und an einer Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments als Haus der europäischen Demokratie beteiligen. Die Aufstellung transnationaler Wahllisten ist dafür der beste Katalysator. Die Verwendung der europäischen Parteinamen und -logos gemeinsam mit den nationalen auf Stimmzetteln, auf Postern und Kampagnenmaterial wäre die logische Folge transnationaler Wahllisten, sollte aber auch unabhängig davon Ausdruck des europäischen Charakters von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden. Das Bekenntnis als Europapartei steht uns auch bei Wahlen im Bund, in Ländern und Kommunen gut zu Gesicht. Wir wollen die Europäischen Parteien stärken und uns so an einer weiteren Aufwertung des europäischen Parlaments, als Haus der europäischen Demokratie, beteiligen. Gemeinsame Kampagnen zu Europawahlen und zu europäischen Themen sind dafür der richtige Weg. transnationale Wahllisten sind dafür der beste Katalysator.~~

***Prinzip der europäischen
Spitzenkandidat*innen absichern, europäische
Demokratie stärken, verfassungsgerichtliche
Kontrolle respektieren***



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 24.10.2019

Änderungsantrag zu V-31

Von Zeile 36 bis 38:

Parteienfinanzierung. Wir streben an, Spenden an Parteien in der Höhe und auf natürliche Personen zu beschränken. ~~Das~~Wir wollen ein Wahlalter sollte in keinem Mitgliedstaat höher als 16 Jahre liegenfür Europawahlen in ganz Europa.

Prinzip der europäischen Spitzenkandidat*innen absichern, europäische Demokratie stärken, verfassungsgerichtliche Kontrolle respektieren

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Franziska Brantner (KV Heidelberg)

Änderungsantrag zu V-31

Von Zeile 39 bis 47:

~~Diesen Anforderungen an eine EU-Wahlrechtsreform wird die von der Bundesregierung auf europäischer Ebene betriebene Änderung des EU-Direktwahlakts, die im vergangenen Jahr gegen den Widerstand der Grünen im Europäischen Parlament beschlossen worden war, in keiner Weise gerecht. Stattdessen dient die Änderung lediglich dazu, dem Bundesverfassungsgericht die Möglichkeit zu nehmen, eine Sperrklausel im deutschen Europawahlgesetz an der Wahlrechtsgleichheit des Grundgesetzes zu messen. Wahlrechtsfragen sind immer auch Machtfragen. Gerade deshalb ist eine strikte verfassungsgerichtliche Kontrolle bei der Ausgestaltung des Wahlrechts sinnvoll und zu respektieren. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen die Änderung des EU-Direktwahlakts in der vorliegenden Form ab.~~

Diesen Anforderungen an eine EU-Wahlrechtsreform wird die von der Bundesregierung auf europäischer Ebene betriebene Änderung des EU-Direktwahlakts, die im vergangenen Jahr gegen den Widerstand der Grünen im Europäischen Parlament beschlossen worden war, nicht gerecht.

weitere Antragsteller*innen

Dorothea Kaufmann (KV Heidelberg); Lukas Weber (KV Heidelberg); Moritz Damm (KV Heidelberg); Julia Hildenbrand (KV Heidelberg); Nicolás Lutzmann (KV Heidelberg); Teresa Fanz (KV Heidelberg); Felix Grädler (KV Heidelberg); Florian Kollmann (KV Heidelberg); Manuel Sarrazin (KV Hamburg-Harburg); Ilona Trotter (KV Heidelberg); Burkhard Margies (KV Heidelberg); Derek Cofie-Nunoo (KV Heidelberg); Fadime Tuncer (KV Neckar-Bergstraße); Frieda Fiedler (KV Neckar-Bergstraße); David Esders (Heidelberg KV); Reinhild Maria Hugenhroth (Wittenberg KV); Tilman Krösche (KV Braunschweig); Arnhilt Kuder (KV Heidelberg); Andreas Bühler (KV Karlsruhe); sowie 3 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Prinzip der europäischen Spitzenkandidat*innen absichern, europäische Demokratie stärken, verfassungsgerichtliche Kontrolle respektieren

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Manuel Sarrazin (KV Hamburg-Harburg)

Änderungsantrag zu V-31

Von Zeile 39 bis 47:

~~Diesen Anforderungen an eine EU-Wahlrechtsreform wird die von der Bundesregierung auf europäischer Ebene betriebene Änderung des EU-Direktwahlakts, die im vergangenen Jahr gegen den Widerstand der Grünen im Europäischen Parlament beschlossen worden war, in keiner Weise gerecht. Stattdessen dient die Änderung lediglich dazu, dem Bundesverfassungsgericht die Möglichkeit zu nehmen, eine Sperrklausel im deutschen Europawahlgesetz an der Wahlrechtsgleichheit des Grundgesetzes zu messen. Wahlrechtsfragen sind immer auch Machtfragen. Gerade deshalb ist eine strikte verfassungsgerichtliche Kontrolle bei der Ausgestaltung des Wahlrechts sinnvoll und zu respektieren. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen die Änderung des EU-Direktwahlakts in der vorliegenden Form ab.~~

Diesen Anforderungen an eine EU-Wahlrechtsreform wird die von der Bundesregierung auf europäischer Ebene betriebene Änderung des EU-Direktwahlakts, die im vergangenen Jahr gegen den Widerstand der Grünen im Europäischen Parlament beschlossen worden war, in keiner Weise gerecht. Wir wollen rechtzeitig vor der nächsten Wahl zum Europaparlament eine Mindestschwelle von 2-3% einführen.

Begründung

Eine Mindesthürde ermöglicht einen Schutz der Handlungsfähigkeit des Europäischen Parlaments vor einer Zersplitterung in Kleinstparteien und wird damit der Bedeutung des EP als mächtigstem Parlament in der Europäischen Union gerecht. Wir meinen, was für den deutschen Bundestag und viele Landtage in Deutschland richtig ist, kann für das EP nicht grundlegend falsch sein. Im Gegenteil.

weitere Antragsteller*innen

Franziska Brantner (KV Heidelberg); Tobias Lindner (KV Germersheim); Omid Nouripour (KV Frankfurt); Ekin Deligöz (KV Neu-Ulm); Gerhard Zickenheiner (KV Lörrach); Margarete Bause (KV München); Stefan Schmidt (KV Regensburg-Stadt); Ottmar von Holtz (KV Hildesheim); Margit Stumpp (KV Heidenheim); Stephan Bischoff (KV Magdeburg); Reinhild Maria Hugenth (Wittenberg KV); Tilman Krösche (KV Braunschweig); Arnhilt Kuder (KV Heidelberg); Andreas Bühler (KV Karlsruhe); Jonas Wille (KV Darmstadt); Jan Seifert (KV Berlin-Mitte); Johannes Diether Schönfelder

(KV Hamburg-Nord); Daniel Stöckert (KV Berlin-Reinickendorf); Paula Louise Piechotta (KV Leipzig);
sowie 10 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Prinzip der europäischen Spitzenkandidat*innen absichern, europäische Demokratie stärken, verfassungsgerichtliche Kontrolle respektieren

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

Änderungsantrag zu V-31

Von Zeile 43 bis 47:

Möglichkeit zu nehmen, eine Sperrklausel im deutschen Europawahlgesetz an der Wahlrechtsgleichheit des Grundgesetzes zu messen. ~~Wahlrechtsfragen sind immer auch Machtfragen. Gerade deshalb ist~~ Wir respektieren eine strikte verfassungsgerichtliche Kontrolle bei der Ausgestaltung des Wahlrechts ~~sinnvoll~~ und ~~lehnen es ab, die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zu respektieren~~ Sperrklauseln im deutschen Europawahlgesetz mit Hilfe einer europarechtlichen Mindestschwelle zu umgehen. Sperrklauseln sind für die Funktionsfähigkeit des Europaparlaments nicht notwendig. Im Europaaparlament sind 200 Parteien vertreten, in vielen Ländern haben selbst größere Parteien nur ein oder zwei Abgeordnete. Eine Sperrklausel würde ausschließlich in Deutschland und Spanien wirken und Millionen von Stimmen unsichtbar machen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich daher gegen die Einführung einer Prozenzhürde bei Europawahlen aus und lehnen die Änderung des EU-Direktwahlakts in der vorliegenden Form ab. Eine verpflichtende Einführung einer Prozenzhürde wollen wir politisch verhindern.

Begründung

Präzisierung

weitere Antragsteller*innen

Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Astrid Rothe-Beinlich (Erfurt KV); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Sascha Schießl (Hannover RV); Niklas Hendrik Nienäb (KV Rostock); Anna Cavazzini (KV Chemnitz); Thore Hagemann (KV Berlin-Neukölln); Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Michael Sebastian Schneiß (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Reinhard Kaiser (KV Berlin-Pankow); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Felix Lütke (KV Duisburg); Ghalia EL Boustami (KV Wolfenbüttel); Marcus Schmitt (KV Main-Taunus); Sibylle Steffan (KV Berlin-Neukölln); Luisa Schwab (KV Köln); Sebastian Karg (KV Schwäbisch Hall); Achim Jooß (KV Ortenau); Stephan Wiese (KV Stormarn); sowie 2 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Ottmar von Holtz (KV Hildesheim)

Änderungsantrag zu V-32

Von Zeile 17 bis 19 einfügen:

Gerade herrscht auf der politischen Weltbühne zudem das Prinzip der Sicherheit durch Einschüchterung und Dominanz. Diesen Sicherheitsbegriff müssen wir umkehren. **Sicherheit ist dagegen für uns die Gewährleistung der universellen Menschenrechte** und umfasst auch die Beteiligung

Von Zeile 21 bis 22 einfügen:

Aspekte, reproduktive und sexuelle Rechte, Ernährungssouveränität, gerechte Ressourcenverteilung und die Freiheit von Not und Furcht, die durch eine unabhängige Justiz und den Rechtsstaatsprinzipien verpflichtete Polizei garantiert wird.

weitere Antragsteller*innen

Tobias Lindner (KV Germersheim); Franziska Brantner (KV Heidelberg); Marcel Ernst (KV Göttingen); David Vaulont (KV Freiburg); Michael Knoll (KV Berlin-Pankow); Ingo Henneberg (KV Freiburg); Rainer Lagemann (Steinfurt KV); Jan Seifert (KV Berlin-Mitte); Jonas Wille (KV Darmstadt); Felix Beutler (KV Berlin-Lichtenberg); Christa Markl-Vieto Estrada (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Michael Hack (KV Wetterau); Doris Wagner (München KV); Inga Kretzschmar (KV Lippe); Bastian Hermisson (KV Berlin-Mitte); Robin Wagener (KV Lippe); Gregor Möllring (Hannover RV); Patrick Drenke (Hannover RV); Omid Nouripour (KV Frankfurt); sowie 2 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Unsere grüne Friedens- und Außenpolitik



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Ottmar von Holtz (KV Hildesheim)

Änderungsantrag zu V-32

Von Zeile 33 bis 36:

Grüne Friedens- und Außenpolitik ist im besten Sinne radikal. ~~Sie will~~ Deshalb ist die wichtigste Antwort auf die vielen Krisen und Konfliktherde der Welt die zivile Krisenprävention und die zivile Konfliktbearbeitung. Wir wollen die Probleme bei den Ursachen packen und denken ~~ten~~ grundsätzlich präventiv. Kein Genozid fällt einfach so vom Himmel, keine Krise kommt ohne Vorboten. ~~Und kein Krieg ist unausweichlich.~~ Grüne Friedens- und Außenpolitik ist deshalb auch kreativ. Sie versucht Entscheidungen zu vermeiden, bei denen

weitere Antragsteller*innen

Franziska Brantner (KV Heidelberg); Marcel Ernst (KV Göttingen); Gollaleh Ahmadi (KV Berlin-Spandau); David Vaulont (KV Freiburg); Michael Knoll (KV Berlin-Pankow); Ingo Henneberg (KV Freiburg); Rainer Lagemann (Steinfurt KV); Jan Seifert (KV Berlin-Mitte); Jonas Wille (KV Darmstadt); Jörg Sauskat (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Christa Markl-Vieto Estrada (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Doris Wagner (München KV); Inga Kretzschmar (KV Lippe); Bastian Hermisson (KV Berlin-Mitte); Peter Schaar (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Robin Wagener (KV Lippe); Gregor Möllring (Hannover RV); Pat Drenke (Hannover RV); Omid Nouripour (KV Frankfurt); sowie 1 weitere Antragsteller*in, die online auf Antragsgrün eingesehen werden kann.

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick)

Änderungsantrag zu V-32

Von Zeile 37 bis 38 einfügen:

Politik zwischen zwei Übeln wählen muss. **Mit Dialog, Empathie und Vorstellungskraft bemühen wir uns immer um gewaltfreie Ansätze zur Bearbeitung von Konflikten. Menschen, die vor Konflikten fliehen müssen, wollen wir sichere und legale Fluchtwege und Perspektiven in Frieden, Sicherheit und Freiheit ermöglichen. Niemand soll weiterhin nur in Lebensgefahr fliehen können.**

Begründung

Wir können nicht alle Konflikte verhindern oder beenden, aber wir können vielen Menschen, die von Konflikten betroffen sind, legale Fluchtwege ermöglichen.

weitere Antragsteller*innen

Michael Bloss (KV Stuttgart); Sven Lehmann (KV Köln); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Werner Graf (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Astrid Rothe-Beinlich (Erfurt KV); Urban Aykal (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Katrin Langensiepen (Hannover RV); Claudia Schulte (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Herbert Nebel (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Martin Wilk (KV Berlin-Kreisfrei); Anna Cavazzini (KV Chemnitz); Markus Schopp (KV Berlin-Mitte); Sebastian Walter (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Sascha Schießl (Hannover RV); Wolfgang Schmidt (KV Berlin-Kreisfrei); Thore Hagemann (KV Berlin-Neukölln); Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Christina Johanne Schröder (KV Wesermarsch); sowie 12 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Ottmar von Holtz (KV Hildesheim)

Änderungsantrag zu V-32

Von Zeile 46 bis 49 löschen:

Militär kann allenfalls als ein Instrument zur Verhinderung solcher Verbrechen beitragen und Bedingungen für Verhandlungslösungen schaffen. ~~Wir werden Einsätzen der Bundeswehr nur mit einem Mandat der Vereinten Nationen zustimmen.~~ Jeder militärische Einsatz hat zugleich einen hohen Preis. Es darf keinen militärischen Einsatz ohne einen Plan für die Konfliktnachsorge

weitere Antragsteller*innen

Omid Nouripour (KV Frankfurt); Franziska Brantner (KV Heidelberg); Marcel Ernst (KV Göttingen); Gollaleh Ahmadi (KV Berlin-Spandau); Leander Hirschsteiner (KV München); David Vaulont (KV Freiburg); Michael Knoll (KV Berlin-Pankow); Simon Rock (KV Rhein-Kreis-Neuss); Ingo Henneberg (KV Freiburg); Dominic Hallau (KV Bielefeld); Samuel Olbermann (KV Düsseldorf); Rainer Lagemann (Steinfurt KV); Jan Seifert (KV Berlin-Mitte); Jonas Wille (KV Darmstadt); Jörg Sauskat (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Arven Herr (KV Göttingen); Sebastian Schäfer (KV Stuttgart); Niclas Wegener (KV Bielefeld); Felix Beutler (KV Berlin-Lichtenberg); sowie 10 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Ottmar von Holtz (KV Hildesheim)

Änderungsantrag zu V-32

Von Zeile 251 bis 252 einfügen:

Streitkräften. Sie alle wollen wir anhören und nehmen sie in unseren außen- und friedenspolitischen Positionierungen ernst.

Leitlinien für zivile Krisenprävention mit Leben füllen

Die Leitlinien der Bundesregierung „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ vom Juli 2017 sind auch eine Grüne Erfolgsgeschichte. Seitdem hat die Bundesregierung eine Reihe von Dokumenten vorgelegt, wichtige Grundlinien, die wir grundsätzlich begrüßen. Damit diese nicht bloß Hochglanzbroschüren bleiben, müssen diese Strategien und Konzepte mit Leben gefüllt und konkretisiert werden, so dass Deutschland seiner internationalen Verantwortung endlich gerecht wird und einen deutlich größeren Beitrag zu nachhaltigem, positiven Frieden in spannungsgeladenen Kontexten weltweit leistet.

Eine Grüne Friedenspolitik nimmt insbesondere die Frage der Kohärenz zwischen den Ministerien des Inneren, Auswärtigen, der Verteidigung und der Entwicklung in den Fokus. Doch viele andere Politikfelder gehören ebenfalls dazu, beispielsweise Handel, Landwirtschaft, Umwelt, Wirtschaft und vieles mehr. Wir Grüne setzen uns deshalb dafür ein, dass die Umsetzung der Leitlinien ein gesamtheitliches Projekt wird und nicht nur von vier teilweise beteiligten Ressorts bearbeitet wird.

Damit zivile Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung gelingt, setzen wir uns dafür ein, Zivilgesellschaft vor Ort zu stärken und finanziell besser zu unterstützen, die Beteiligung deutscher Polizist*innen in internationalen Friedens- und Polizeieinsätzen auszubauen, die Maßnahmen mit wissenschaftlichen Erkenntnissen aus der Friedens- und Konfliktforschung zu flankieren und durch eine breite Kampagne mit Positivbeispielen für gelungene Konfliktbearbeitung bei der Öffentlichkeit um das Verständnis für Konfliktbearbeitung ohne Waffengewalt im Gegensatz zu den derzeit viel präsenteren Einsätzen der Bundeswehr zu erhöhen.

weitere Antragsteller*innen

Franziska Brantner (KV Heidelberg); Marcel Ernst (KV Göttingen); David Vaulont (KV Freiburg); Michael Knoll (KV Berlin-Pankow); Ingo Henneberg (KV Freiburg); Rainer Lagemann (Steinfurt KV); Jonas Wille (KV Darmstadt); Arven Herr (KV Göttingen); Felix Beutler (KV Berlin-Lichtenberg); Michael Hack (KV Wetterau); Bastian Hermisson (KV Berlin-Mitte); Robin Wagener (KV Lippe); Inga Kretzschmar (KV Lippe); Peter Schaar (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Gregor Möllring (Hannover RV); Pat Drenke (Hannover RV); Omid Nouripour (KV Frankfurt); Margarete Bause (KV München); Lena Krause (KV Braunschweig); sowie 2 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Für die Bewahrung des Iran-Nuklearabkommens



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Frithjof Schmidt (KV Bochum)

Änderungsantrag zu V-36

Von Zeile 97 bis 100:

kein Beitrag zur Entspannung der Lage sein. Die Freiheit der internationalen Schifffahrt und die maritimen Handelswege stehen für uns nicht zur Disposition. ~~Einem Einsatz der Bundeswehr im Persischen Golf werden wir nur im Rahmen einer völkerrechts- und grundgesetzkonformen Mission und mit einem Mandat der Vereinten Nationen zustimmen.~~ Ohne den Rahmen einer völkerrechts- und grundgesetzkonformen Mission und ein Mandat der Vereinten Nationen werden wir keinem Einsatz der Bundeswehr zustimmen.

weitere Antragsteller*innen

Agnieszka Brugger (KV Ravensburg); Katja Keul (KV Nienburg); Claudia Roth (KV Augsburg-Stadt); Filiz Polat (KV Osnabrück-Land); Jürgen Trittin (KV Göttingen); Michael Bloss (KV Stuttgart); Anna Cavazzini (KV Chemnitz); Sara Nanni (KV Düsseldorf); Laura Brehme (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Martin Wilk (KV Berlin-Kreisfrei); Philipp Gärtner (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Juliana Wimmer (Berlin-Kreisfrei KV); Sibylle Steffan (KV Berlin-Neukölln); Werner Graf (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Anna Hoppenau (KV Berlin-Neukölln); Anne-Lena Heiland (KV Berlin-Neukölln); Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Ricarda Lang (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); sowie 1 weitere Antragsteller*in, die online auf Antragsgrün eingesehen werden kann.

Nicaragua- Solidarität mit der demokratischen Opposition



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 21.10.2019

Änderungsantrag zu V-39

Von Zeile 59 bis 64:

2. sich dafür einzusetzen, den rechtlichen Status der von einem Verbotserlass betroffenen zivilgesellschaftlichen Organisationen schnell wieder ~~herzustellen; sich~~ herzustellen; sich für faire rechtsstaatliche Verfahren für alle politischen Gefangenen in Nicaragua bzw. für eine rasche Freilassung unrechtmäßig Inhaftierter und politischer Gefangener ~~einzusetzen; Gefängnisbesuch durch Vertreter der deutschen Botschaft und ausländische Mediziner~~ einzusetzen; sich für Zugang zu medizinischer Versorgung in den Gefängnissen sowie für regelmäßige Kontrollbesuche internationaler Organisationen wie dem IKRK einzusetzen.

Von Zeile 74 bis 75:

4. Partnerinnen und Partner zu konzentrieren und künftig wieder vermehrt Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer zu finanzieren; ~~z~~

Für individuelle Betreuungsmodelle und mehr Unterstützung von Kindern und Eltern



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Pit Kludig (Dresden KV)

Änderungsantrag zu V-42

Von Zeile 30 bis 34:

Betreuungsanteile beider Elternteile nicht aus finanziellen Gründen zu erschweren bzw. die Konflikte der Eltern aus finanziellen Erwägungen anzuhetzen. ~~Eltern im SGB-II-Bezug sollten durch einen Mehrbedarf im SGB-II entlastet werden, damit es armen Familien auch finanziell ermöglicht wird, dass sich beide Elternteile nach einer Trennung die Betreuung und Erziehung ihre Kinder teilen.~~ Mit unserem grünen Konzept der Kindergrundsicherung und einem einkommensunabhängigen Garantie-Betrag wollen wir bestehende Leistungen bündeln und Familien wirksamer und unbürokratischer unterstützen. Darüber hinaus sollten insbesondere einkommensschwache Familien durch die Einführung eines einkommensabhängigen Garantieplus-Betrags, der einen Mehrbedarf für getrennt erziehende Eltern berücksichtigt, gestärkt werden.

Begründung

Für ein Zukunftsprogramm sollte nicht mehr auf das überholte Sozialleistungssystem abgestellt werden, nachdem die grüne Kindergrundsicherung in diesem Sommer bereits vorgestellt wurde. Diese sollte aber um den Mehrbedarf zur Versorgung von Kindern getrennter Eltern erweitert werden.

weitere Antragsteller*innen

Christian Mahler (KV Oldenburg-Land); Johannes Schölch-Mundorf (KV Trier); Stefen Mario Schrapp (KV Ravensburg); Reiner Neumann (KV Duisburg); Stefan Muck (KV Landsberg-Lech); Elke Szepanski (Oldenburg-Land KV); Pascal Schubbe (KV Trier); Elmar Hayn (Nürnberg-Stadt KV); Dirk Paul Finkeldey (KV Aurich-Norden); Markus Kurdziel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Thomas Patrice Volkmann (KV Duisburg); Gerd Hernacz (KV Mecklenburgische Seenplatte); Niklas Graf (Wesel KV); Patricia Peveling (KV Hochtaunus); Axel Hercher (KV Mülheim); Sara El-Helou (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Guido Lieder (KV Köln); Michael Knoll (KV Berlin-Pankow); Felicitas Filiz Nacaroglu (KV Bonn)

Für individuelle Betreuungsmodelle und mehr Unterstützung von Kindern und Eltern



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Christian Mahler (KV Oldenburg-Land)

Änderungsantrag zu V-42

Von Zeile 43 bis 61:

~~Bei hohem Konfliktpotential nach einer Trennung ist ein Wechselmodell für Kinder oft sehr belastend und wirkt sich unter dieser Bedingung auf ihre Entwicklung eher negativ aus. Es wird auch vielen Lebenssituationen von Eltern und Kindern (Wohnsituation, Zwänge durch Erwerbsarbeitszeiten) nicht gerecht. Kinder und Jugendliche brauchen anpassungsfähige Settings, bei denen sie selbst mitbestimmen können und keine starren Lösungen. Wenn sich Eltern nach einer Trennung nicht auf ein Betreuungsmodell einigen können und es zu einem familiengerichtlichen Verfahren kommt, müssen die konkreten Interessen und Wünsche der Kinder und Jugendlichen im Mittelpunkt der Entscheidung stehen. Weder das Wechselmodell noch das Residenzmodell eignen sich als Standard. Es ist richtig, dass das Bürgerliche Gesetzbuch heute gerade kein Standardmodell vorschreibt. Dabei soll es auch bleiben. Sowohl das Residenzmodell als auch das Wechselmodell sowie dazwischen liegende Betreuungsmodelle können eine Lösung sein, um für ein Kind eine gute Betreuung und Erziehung nach Trennung der Eltern zu gewährleisten und die Bedürfnisse der beteiligten Familienmitglieder auszubalancieren. Politische Bestrebungen, das Wechselmodell als gesetzlichen Regelfall im Bürgerlichen Gesetzbuch zu verankern, zielen darauf ab, dass die Familiengerichte das Wechselmodell faktisch anordnen müssen, wenn keine konkrete Gefährdung für die betroffenen Kinder und Jugendliche nachzuweisen ist. Dies kann nicht im Interesse der betroffenen Kinder und Jugendlichen sein und entspricht nicht ihren in der UN-Kinderrechtskonvention verbürgten Rechten, u.a. auf Beteiligung.~~

Ein hohes Konfliktpotential nach einer Trennung ist für Kinder belastend, unabhängig vom Betreuungsmodell. Zahlreiche Studien^{[1][2][3]} haben jedoch gezeigt, dass gerade das Residenzmodell mit dem höchsten Konfliktpotential belastet ist und Kinder die im Wechselmodell leben, trotz Konflikten unabhängig vom sozialen Status der Eltern, weniger Belastungen zeigen^[4]. Daher soll das Wechselmodell als familienrechtliches Leitbild zugrunde gelegt werden. Ein solches Leitbild, welches es bei der elterlichen Sorge bereits sehr erfolgreich gibt, ist die Grundlage für den Grundsatz der gleichberechtigten Elternschaft. Es ist ein wichtiges Signal eines zeitgemäßen Feminismus, Eltern eine Entscheidung für eine Abkehr von tradierten Rollenmodellen zu ermöglichen und gerade Frauen eine gleichberechtigte Teilhabe im Berufsleben zu ermöglichen^[5]. Das Leitbild ist hierbei kein Zwang für alle, sondern Ausgangspunkt – beider Eltern auf Augenhöhe mit gleichen Rechten und Pflichten und dem klaren Signal, dass kein Elternteil als alleinerziehend zurückgelassen werden soll. Sofern sich die Eltern nicht auf ein Betreuungsmodell einigen können, soll das Wechselmodell angeordnet werden, sofern keine kindbezogenen Gründe dagegensprechen. Diese sogenannte „negative Kindeswohlprüfung“ als Eingriffsschwelle entspricht auch dem Schutz des Elternrechtes aus Art. 6 (2) des Grundgesetzes. So ist auch sichergestellt, dass in begründeten Fällen eine dem Einzelfall angemessene Entscheidung getroffen werden kann. Vor allem entspricht ein Leitbild für das Wechselmodell der UN-Kinderrechtskonvention in der in Art. 18 niedergelegt ist: „Die Vertragsstaaten bemühen sich nach besten Kräften, die Anerkennung des

Grundsatzessicherzustellen, dass beide Elternteile gemeinsam für die Erziehung und Entwicklung des Kindes verantwortlich sind.“ Dieses Grundrecht der Kinder ist nur mit einem Leitbild des Wechselmodells realisierbar, wie es auch bereits von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in der einstimmig angenommenen Resolution 2079 (2015)^[6] für alle 47 Mitgliedsstaaten gefordert wurde.

Begründung

Der ursprüngliche Antrag stellt bei Konflikten der Eltern darauf ab, dass das Wechselmodell für Kinder bei hohem Konfliktpotential belastend sei. Richtig ist, dass Konflikte der Eltern Kinder in jedem Betreuungsmodell belasten. Den Vergleich mit dem Residenzmodell zieht der Antrag allerdings nicht – eine methodische Schwäche, welche auch bei einigen Studien zu finden ist (z.B. McIntosh), wissenschaftlich aber bereits mehrfach widerlegt wurden^{[7][8][9]}. Studien die zwischen den verschiedenen Betreuungsmodellen differenzieren kommen zu dem Schluss, dass es selbst bei Konflikten der Eltern den Kindern im Wechselmodell besser geht als im Residenzmodell. Die Antragsbegründung beruht somit auf einer falschen Grundannahme in Bezug auf das Wohlergehen der Kinder und sollte daher in der vorgeschlagenen Weise abgeändert werden.

Dem Antrag ist insofern zuzustimmen, als dass Kinder und Jugendliche anpassungsfähige Settings benötigen und keine starren Lösungen. Diese Wunschvorstellung funktioniert aber nur, wenn die Eltern sich einvernehmlich einigen und die Kinder einbeziehen. Müssen Gerichte hierüber entscheiden, bedarf es einer Ausgangsposition gleichberechtigter Elternschaft und der Grundannahme, dass das Kind ein Recht auf die Betreuung durch beide Eltern hat. Dies wäre durch ein Leitbild Wechselmodell gegeben und Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass sich Konflikte reduzieren, bzw. vermeiden lassen, die heute durch finanzielle Fehlanreize und asymmetrische Annahmen im derzeitigen Familienrecht Konflikte erst anheizen und einvernehmliche Lösungen verhindern.

Zuzustimmen ist dem Antrag auch, dass den Eltern und Kindern im BGB kein Betreuungsmodell vorgeschrieben werden soll. Hier scheint der Antrag einen falschen Eindruck vermitteln zu wollen, um möglicherweise Ängste zu schüren.

Tatsache ist, dass das implizite Leitbild des deutschen Familienrechts das Residenzmodell ist (vgl. 1606 BGB) und dem Wechselmodell insbesondere in der Rechtsprechungspraxis erheblichen Hürden gegenüberstehen, welche eine kindbezogene Betrachtungsweise verhindert.

Ein grünes Leitbild des Wechselmodells ist somit kein Zwang für alle, es sendet aber ein wichtiges Signal der gemeinsamen Betreuungs- und Erziehungsverantwortung der Eltern für ihre Kinder. Daraus ergeben sich dann auch wieder Chancen für eine gleichberechtigtere Teilhabe, insbesondere von Müttern in der Berufswelt, verbunden mit einer Reduzierung des Equal Pay-Gap, Equal-Pension-Gap und der Reduzierung des Armutsrisikos von Alleinerziehenden, die dann tatsächlich getrennterziehend sind und dasselbe Risiko tragen wie der andere Elternteil. Ein Leitbild des Wechselmodells ist daher ein wichtiger Schritt zur Verwirklichung feministischer Ziele, verbunden mit einer besseren Entwicklung der Kinder.

Soweit der Antrag kritisiert, dass Gerichte das Wechselmodell faktisch anordnen müssen, wenn keine konkrete Gefährdung der Kinder und Jugendlichen zu erkennen ist, ist dies nicht korrekt. Dem Familienrecht liegt das Kindeswohlprinzip (§1697a BGB) zugrunde, in §1626a BGB hat es seine Ausgestaltung in der Form erfahren, dass anzuordnen ist sofern es (hier die elterliche Sorge) dem

Kindeswohl nicht widerspricht. So wäre es auch im Fall eines Leitbildes des Wechselmodells und ist Ausdruck der Eingriffsschwelle des Staates in die Rechte von Eltern und Kindern. Beim vorliegenden Antrag würde sich zwangsläufig die streitfördernde Frage stellen, wer der bessere Elternteil ist und damit alle zuvor aufgeführten, positiven Bemühungen um Einigung der Eltern zunichtemachen.

Hat das Kind zwei kompetente, erziehungsbereite und -fähige Eltern, dann sollte das Kind das gesetzlich garantierte Recht haben, von beiden Eltern gleichermaßen erzogen zu werden, sofern dies seinem Wohl nicht widerspricht. Die gesetzliche Verwirklichung dieses Grundsatzes ergibt sich bereits aus Art. 18 (1) der UN-Kinderrechtskonvention, deren Umsetzung auch ein grünes Grundanliegen ist, weshalb unsere Partei hier mit gutem Beispiel vorangehen sollte.

Quellenverweise:

[1] Hildegund Sünderhauf, „Vorurteile gegen das Wechselmodell: Was stimmt, was nicht?“, FamRB 10/2013 S. 328. www.famrb.de/media/Suenderhauf_FamRB.PDF

[2] Robert Bauserman, Child Adjustment in Joint-Custody Versus Sole Custody Arrangements: A Meta-Analytic Review. Journal of Family Psychology, 2002 Vol. 16(1), (S. 91–102) S. 99.

[3] William Fabricius & Linda Luecken, Postdivorce Living Arrangements, Parent Conflict, and Long-Term Physical Health Correlates for Children of Divorce. Journal of Family Psychology, 2007, Vol. 21 (2), (S. 195–205) S. 202.

[4] Linda Nielsen, 2018, Joint versus sole physical custody: Outcomes for children independent of family income or parental conflict, Journal of Child Custody,

[5] <http://vbm-online.de/stellungnahme-reaktionen-doppelresidenz/>

[6] <http://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-XML2HTML-en.asp?fileid=22220&lang=en>

[7] Richard Warshak, 2017, Stemming the Tide of Misinformation: International Consensus on Shared Parenting and Overnighting, Journal of the American Academy of Matrimonial Lawyers Vol 30, 2017

[8] Michael E. Lamb, 2018, Does shared parenting by separated parents affect the adjustment of young children?, Journal of Child Custody, DOI:10.1080/15379418.2018.1425105

[9] Linda Nielsen, 2017, Re-examining the Research on Parental Conflict, Coparenting, and Custody Arrangements, American Psychological Association, Psychology, Public Policy, and Law, 2017, Vol. 23, No. 2, 211–231

weitere Antragsteller*innen

Pit Kludig (Dresden KV); Johannes Schölch-Mundorf (KV Trier); Elke Szepanski (Oldenburg-Land KV); Kirsten Neuhaus (Oldenburg-Land KV); Birte Wachtendorf (KV Oldenburg-Land); Oliver Klär (KV Oldenburg-Land); Herbert Schuster (KV Oldenburg-Land); Majken Hjortskov (KV Oldenburg-Land); Christian Lüdke (KV Oldenburg-Land); Irene Kolb (KV Oldenburg-Land); Volker Schulz-Berendt (KV Oldenburg-Land); Michael Knoll (KV Berlin-Pankow); Karin Mayer-Rosenbohm (KV Oldenburg-Land); Reiner Neumann (KV Duisburg); Stefan Muck (KV Landsberg-Lech); Pascal Schubbe (KV Trier); Elmar Hayn (Nürnberg-Stadt KV); Detlef Bollmann (KV Oldenburg-Land); Dirk Paul Finkeldey (KV Aurich-

Norden); sowie 7 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Für individuelle Betreuungsmodelle und mehr Unterstützung von Kindern und Eltern



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Stefen Mario Schrapp (KV Ravensburg)

Änderungsantrag zu V-42

Von Zeile 62 bis 70:

Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder in Trennungssituationen gestärkt und geschützt werden. Der Wille und das grundgesetzliche Recht der Kinder, von beiden Eltern gepflegt und betreut zu werden, soll bei der Wahl eines Betreuungsmodells stärker berücksichtigt werden. Das Kind als Rechtssubjekt, als Träger eigener subjektiver Rechte, hat einen eigenen Willen, den es angemessen zu berücksichtigen gilt. ~~Auch dies spricht klar gegen die Verankerung eines Standardmodells zur Betreuung nach Trennung. Dabei muss allerdings wirksam verhindert werden, dass Eltern den Willen des Kindes durch negative Manipulation beeinflussen, um das andere Elternteil auszugrenzen (Verfügungsgewalt), das Kind in einen Loyalitätskonflikt (seelische Kindesmisshandlung) zu treiben und Scheidung im Bürgerlichen Gesetzbuch somit dem Kind einen Kontaktverlust Wichtig ist, Überforderung zu einem Elternteil und Loyalitätskonflikte auf Seiten der Kinder dessen Familie (Oma, Opa, Onkels, Tanten, etc.) zuzufügend.~~ Häufige Betreuung durch beide Eltern, bildet daher einen präventiven Schutzfaktor und Jugendlichen in den Blick zu nehmen ist somit effektivster Kinderschutz für Trennungskinder. Eigenständige Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder in Trennungssituationen (z.B. ~~Gruppenangebote~~) Gruppenangebote, wie "Kinder aus der Klemme", "Trennung meistern, Kinder stärken", "Kinder im Blick", etc.) müssen ausgebaut und weiterentwickelt werden; für diese Angebote darf es keine Wartelisten geben, sie müssen zeitnah unmittelbar zur Verfügung stehen, da diese präventiven Maßnahmen, eine Eskalation der Elternkonflikte verhindern können und aktiv zur Friedensbildung von Trennungseltern beitragen.

Begründung

Der Antrag fordert:

„In Trennungskonflikten muss das Wohl des Kindes im Fokus stehen. Es gilt, Kindern und Jugendlichen nach Trennung der Eltern beide Elternteile soweit wie möglich zu erhalten“.

Genau dies sichert ein Leitbild **"häufiger Betreuung"** mit den hier geforderten Änderungen zum Antrag ab. Die derzeitige familienrechtliche Regelung des Residenzmodells als alleiniges Standardmodell ([siehe §1606 Abs.3 BGB](#)) bietet leider zahlreiche negative Anreize die konflikte zwischen den Eltern fördern und zur Ausgrenzung eines Elternteils beitragen.

Die Beteiligung der Kinder am Entscheidungsprozess ist bereits jetzt durch die Anhörung der Kinder ([siehe §159 FamFG](#)), sowie durch die Person des Verfahrensbeistandes gesichert ([siehe §158 FamFG](#)), auch wenn diese*r deutlich besser qualifiziert und unabhängiger ausgestaltet sein werden müsste.

Das Risiko von Ausgrenzung eines Elternteils ist gerade bei Trennung/Scheidung massiv erhöht (siehe hier: <https://www.i-daf.org/aktuelles/aktuelles-einzelansicht/archiv/2016/01/15/artikel/500-trennungskinder-pro-tag.html>).

Die Auswirkungen des Kontaktverlusts zu einem Elternteil auf die betroffenen Kinder, aber auch die betroffenen Elternfamilien sind unübersehbar (siehe hier: <https://www.dijg.de/ehe-familie/forschung-kinder/vater-bezug/>) und führen zu Langzeitfolgen für die betroffenen Kinder (siehe: <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2Fs40211-018-0267-0.pdf>).

Der Einsatz von Verfügungsgewalt, wie dies durch das Residenzmodell ermöglicht wird, muss, um Kinder und Elternfamilien effektiv zu schützen, durch veränderte Rahmenbedingungen (Leitbild "hälftiger Betreuung"), verunmöglicht werden (siehe hier: http://www.elternkonsens.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Alberst%C3%B6tter-Verf%C3%BCgungsgewalt.pdf).

Das Risiko eines Kontaktverlusts erhöht sich für die Kinder, um so weniger Kontakt sie zu einem Elternteil haben (siehe hier: <https://www.kimiss.uni-tuebingen.de/de/2016alien.html>).

Die aktuelle Forschungslage zeigt eindeutig auf, dass eine annähernd "hälftige Betreuung" der Kinder durch beide Eltern unabhängig vom Konfliktniveau bessere Auswirkungen auf Kinder hat, als eine Kontaktverarmung durch z.B.: das Residenzmodell (siehe hier: <https://ifstudies.org/blog/10-surprising-findings-on-shared-parenting-after-divorce-or-separation>).

Durch das bisher seit den 1950er Jahren bestehende Residenzmodell, werden Kinder zudem in eine Fernbeziehung zu einem Elternteil gezwungen. Ebenso wird der sogenannte "Besuchselternteil" zu einer Vernachlässigung der Kinder quasi genötigt. Dass dies negative Auswirkungen auf die Kinder hat zeigen die Zahlen der Jugendhilfe klar und deutlich auf. So stammten im Jahr 2017 , 72% der Kinder (58320 Kinder) aus sog. alleinerziehenden Haushalten mit oder ohne neuem Partner (siehe hier: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/095/1909599.pdf>). Das Residenzmodell stellt somit einen Risikofaktor für die kindliche Entwicklung dar und sollte nur in Ausnahmefällen den Kinder auferlegt werden.

Ebenso ist ein Betreuung durch beide Eltern in der UN-Kinderrechtskonvention in Artikel 18 verankert (siehe Link: <https://www.dkhw.de/schwerpunkte/kinderrechte/un-kinderrechtskonvention-im-wortlaut/>) und auch der Europarat fordert alle Mitgliedsstaaten auf ein Leitbild einer "hälftigen Betreuung" in nationales Recht umzusetzen (siehe Links: Seite des Deutschen Bundestags (Seite 41):

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/136/1813694.pdf> , Original auf der Seite des Europarats: <http://assembly.coe.int/nw/xml/XRef/Xref-XML2HTML-en.asp?fileid=22220&lang=en>)

Ein Leitbild "**hälftiger Betreuung**" ist somit, aus allen genannten Gründen nicht nur Kindeswohlförderlich, sondern auch aktiv gelebter Kinderschutz, verhilft zu einer Elternschaft auf Augenhöhe (Gleichstellung der Eltern) und erzeugt Beziehungs-Sicherheit für Kinder, Eltern und deren Familien (Oma, Opa,Tanten, Onkels, etc.).

weitere Antragsteller*innen

Pit Kludig (Dresden KV); Christian Mahler (KV Oldenburg-Land); Reiner Neumann (KV Duisburg); Stefan Muck (KV Landsberg-Lech); Elke Szepanski (Oldenburg-Land KV); Pascal Schubbe (KV Trier); Stefan Nußbaumer (KV Neu-Ulm); Elmar Hayn (Nürnberg-Stadt KV); Dirk Paul Finkeldey (KV Aurich-Norden); Markus Kurdziel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Detlef Bollmann (KV Oldenburg-Land); Johannes Schölch-Mundorf (KV Trier); Niklas Graf (Wesel KV); Gerd Hernacz (KV Mecklenburgische Seenplatte); Patricia Peveling (KV Hochtaunus); Axel Hercher (KV Mülheim); Guido Lieder (KV Köln); Sara El-Helou (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Michael Knoll (KV Berlin-Pankow); sowie 1 weitere Antragsteller*in, die online auf Antragsgrün eingesehen werden kann.

Für individuelle Betreuungsmodelle und mehr Unterstützung von Kindern und Eltern



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Reiner Neumann (KV Duisburg)

Änderungsantrag zu V-42

Von Zeile 71 bis 75:

In Trennungskonflikten muss das Wohl und das Recht des Kindes im Fokus stehen. Es gilt, Kindern und Jugendlichen nach Trennung der Eltern beide Elternteile ~~soweit wie möglich~~ zu erhalten. Hierbei sind die Lebenssituationen aller Familienmitglieder zu berücksichtigen, die Bedürfnisse und Interessen der Kinder sind in den Mittelpunkt zu stellen und ihre natürlichen Beziehungen und Bindungen zu beiden Eltern und deren Familien zu fördern und zu schützen. Eltern und vor allem die betroffenen Kinder und Jugendlichen müssen in Trennungskonflikten unterstützt und

Begründung

Zusätzlich zum Bezug auf das Kindeswohl soll auch auf die eigenständigen Rechte des Kindes verwiesen werden. Zwar sind die Kinderrechte im Grundgesetz bislang unterrepräsentiert, finden sich aber in der EU-Charta der Grundrechte und der UN-Kinderrechtskonvention.

Ziel sollte es sein, dem Kind ohne Einschränkungen beide Elternteile zu erhalten.

Nicht nur einzelne Elternteile werden durch die aktuelle Bevorzugung des Residenzmodells (Alleinerziehendenmodell) tendentiell ausgegrenzt, sondern auch deren Angehörige wie Großeltern etc.

weitere Antragsteller*innen

Christian Mahler (KV Oldenburg-Land); Pit Kludig (Dresden KV); Stefen Mario Schrapp (KV Ravensburg); Stefan Muck (KV Landsberg-Lech); Johannes Schölch-Mundorf (KV Trier); Elke Szepanski (Oldenburg-Land KV); Pascal Schubbe (KV Trier); Elmar Hayn (Nürnberg-Stadt KV); Dirk Paul Finkeldey (KV Aurich-Norden); Markus Kurdziel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Detlef Bollmann (KV Oldenburg-Land); Thomas Patrice Volkmann (KV Duisburg); Gerd Hernacz (KV Mecklenburgische Seenplatte); Patricia Peveling (KV Hochtaunus); Axel Hercher (KV Mülheim); Guido Lieder (KV Köln); Sara El-Helou (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Michael Knoll (KV Berlin-Pankow); Felicitas Filiz Nacaroglu (KV Bonn); sowie 1 weitere Antragsteller*in, die online auf Antragsgrün eingesehen werden kann.

Für die freie Impfentscheidung, für die Gesundheit mündiger und verantwortlich handelnder Bürger*innen

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Achim Jooß (KV Ortenau)

Titel

Ändern in:

Für die Impfpflicht - Für eine bessere Herdenimmunität

Änderungsantrag zu V-43

Von Zeile 1 bis 9:

~~Grüne Gesundheitspolitik setzt auf selbstbestimmte und eigenverantwortliche Menschen mit unveräußerlichen Grundrechten, zu denen auch die physische und psychische Unversehrtheit zählt. Grüne Politik bekennt sich zur freien Impfentscheidung aller Bundesbürger*innen für sich selbst und ihre Kinder. Grüne Politik lehnt einen gesetzlichen Zwang zur Impfung und eine staatlich verordnete Entmündigung ab und fördert stattdessen die Aufklärung und unabhängige ergebnisoffene Beratung nicht nur durch Ärzt*innen und Heilpraktiker*innen, sondern durch alle Gesundheitsberufe. Bei der gesundheitlichen Beratung der Kinder und ihrer Eltern ist die Fachkompetenz der Hebammen besonders wertvoll und soll von werdenden Eltern für die verantwortliche Impfentscheidung auch genutzt werden können.~~

Die Bundesdelegiertenkonferenz begrüßt die Entscheidung der Bundestagsfraktion, die Einführung einer Impfpflicht zu unterstützen. Ein umfassender Impfschutz ist erforderlich, um Herdenimmunität zu schaffen, und so die Erfolge bei der Bekämpfung und Ausrottung von Krankheiten wie Masern nicht zu gefährden. Die Impfpflicht hat dazu geführt, dass heute Krankheiten wie Polio fast ausgerottet sind.

Zwar stellt eine allgemeine Impfpflicht einen Eingriff in das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit und in das Erziehungsrecht der Eltern da, jedoch ist dieser Eingriff in der Abwägung gerechtfertigt, weil eine hohe Impfquote auch diejenigen mitschützt, bei denen eine Impfung zum Beispiel aus medizinischen Gründen nicht möglich sind und damit deren körperliche Unversehrtheit und Recht auf Leben mitschützt. Das Ansteckungsrisiko derjenigen die nicht geimpft werden können, wird durch eine hohe Durchimpfungsquote das Risiko auf einen Menschen im infektiösen Zustand (z.B. einen an Masern erkrankten) zu treffen deutlich reduziert wird.

Daher halten wir die Entscheidung der Bundestagsfraktion für richtig. Gleichzeitig unterstützen wir Bemühungen und Kampagnen auch bei Menschen im Erwachsenenalter den Impfschutz aktuell zu halten und in regelmäßigen Abständen aufzufrischen.

weitere Antragsteller*innen

Philipp Lang (KV Stuttgart); Tim Demisch (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Marc Andreßen (KV Rotenburg/Wümme); Pit Kludig (Dresden KV); Antonia Schwarz (Berlin-Kreisfrei KV); Christian Stettin (KV Wetterau); Dennis Barth (Konstanz KV); Uwe Herzog (KV Offenbach-Land); Nina Freund (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Michael Wiese (KV Leverkusen); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Friederike Schwebler (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Jonas Krone (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Jan Meißner (KV Düren); Dave Kolboom (KV Steinburg); Amelio Tornincasa (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Lars Radzyski (KV Teltow-Fläming); Pascal Striebel (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Martin Möller (KV Wuppertal)

Attraktiver und fairer Freiwilligendienst statt Zwangsjahr



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2019

Änderungsantrag zu V-46

Von Zeile 19 bis 23:

~~Im Sommer 2018 forderten u.a. die damalige CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer und der CDU-Bundestagsabgeordnete Philipp Amthor eine allgemeine Dienstpflicht für Schüler*innen, nach ihrem Abschluss. **Nach unserer Auffassung braucht es aber kein Zwangsjahr, sondern eine progressive Lösung – wir wollen den Freiwilligendienst attraktiver und fairer machen.**~~

Wir wollen den Freiwilligendienst attraktiver und fairer machen.

Attraktiver und fairer Freiwilligendienst statt Zwangsjahr



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2019

Änderungsantrag zu V-46

Von Zeile 24 bis 28 löschen:

~~In Zukunft sollen der Bundesfreiwilligendienst (BFD), das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ), das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) sowie die FSJ in anderen Bereichen zu einem einheitlichen Freiwilligendienst verschmelzen. Damit wollen wir erreichen, dass es gemeinsame Regeln gibt und für mögliche Freiwillige das Angebot übersichtlicher gemacht wird. **Freiwilligendienste sind vielfältig, aber sie brauchen keine Mehrfachstrukturen!**~~

Attraktiver und fairer Freiwilligendienst statt Zwangsjahr



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Alexander Link (KV Heidelberg)

Änderungsantrag zu V-46

Von Zeile 32 bis 33:

- ~~• einen **1.500 Euro-Bonus** für den Start in das Berufsleben mit Ausbildung oder Studium (Dieser Bonus kann nur für Freiwilligendienstleistende unter 27 Jahren gelten.)~~
- ein Interrail-Ticket als Dankeschön für einen geleisteten Freiwilligendienst erhalten

Begründung

Die Hauptmotivation einen Freiwilligendienst zu leisten, muss sein, sich freiwillig mit Lust für Gesellschaft und/oder Umwelt einzusetzen. Das ist auch die Kernaussage dieses Antrags.

Es sollte jedoch jedoch nicht die Motivation sein, dass Freiwillige einen Dienst leisten, um eine Geldleistung oder Boni zu erhalten. Das Wesen der Dienste soll weiterhin Freiwilligkeit und Motivation aus sich selbst heraus bleiben. Was wir nicht benötigen ist eine weitere "Monetarisierung" von Engagement und Ehrenämtern.

Es ist richtig, dass die Freiwilligen eine höhere und in allen Einsatzstellen gleiche Taschengeldausstattung erhalten müssten. Ein Dienst muss für jeden möglich sein, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. U.a. deswegen fordert die grüne Bundestagsfraktion seit Jahren eine Verdoppelung der Haushaltsmittel für die Dienste und erwägt als Dank für den Dienst jungen Menschen ein Interrail-Ticket zu schenken. Dies stärkt zudem den interkulturellen Austausch und erzeugt trotzdem Freude bei jungen Menschen (vgl. Antrag unter <https://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/045/1904551.pdf>).

Bei einem Bonus als Geldleistung in Höhe von weit über 1000 Euro bleibt jedoch zu vermuten, dass er die Motivation in eine falsche Richtung lenkt.

weitere Antragsteller*innen

Eleonore Bausch (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Samuel Olbermann (KV Düsseldorf); André Meral (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Alexander König (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Leander Hirschsteiner (KV München); Adrian Schmidt (Hannover RV); Kordula Schulz-Asche (KV Main-Taunus); Margarete Bause (KV München); Robin Wagener (KV Lippe); Nicolás Lutzmann (KV Heidelberg); Andreas Bühler (KV Karlsruhe); Felix Beutler (KV Berlin-Lichtenberg); Gabriele C. Klug (KV Köln); Uwe Janssen (KV Esslingen); Marcel Ernst (KV Göttingen); Rainer Lagemann (Steinfurt KV); Max Bleif (KV Ludwigsburg); Matthias Oomen (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Arven Herr (KV Göttingen); sowie 4 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

Attraktiver und fairer Freiwilligendienst statt Zwangsjahr



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2019

Änderungsantrag zu V-46

Von Zeile 49 bis 50 einfügen:

dass es für Freiwillige vereinfacht wird, ihren Dienst in den anderen EU-Ländern und im Ausland zu absolvieren.

Wir stehen für ein Europa der engagierten Zivilgesellschaft. Wir wollen das große Engagement gerade von jungen Europäer*innen in der Gesellschaft für und mit anderen fördern und unterstützen. Alle jungen Menschen in Europa, die sich für die Gesellschaft in Form eines freiwilligen Dienstes für ein Jahr engagieren möchten, müssen dies auch können. Deswegen setzen wir uns für eine europaweite Garantie ein. Sowohl der europäische Dienst als auch die nationalen Dienste müssen so ausfinanziert sein, dass auch Jugendliche aus Elternhäusern mit geringem Einkommen diese Möglichkeit nutzen können. Dafür wollen wir 1 Million Plätze im europäischen Freiwilligendienst schaffen und über Erasmus+ hinaus zusätzliche europäische Mittel zur Finanzierung einsetzen.

Klare Haltung braucht klare Sprache: Rechte Gefahr beim Namen nennen!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Mareike Engels (KV Hamburg-Altona)

Änderungsantrag zu V-47

Von Zeile 1 bis 2 einfügen:

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist eine rechtsradikale bis rechtsextreme Partei, die rassistische, antidemokratische, anti-feministische und menschenverachtende Positionen vertritt.

Begründung

selbsterklärend

weitere Antragsteller*innen

Marion Lüttig (KV München); Julia Woller (KV Köln); Emilia "Milla" Fester (KV Hamburg-Eimsbüttel); Gesine Märtens (Leipzig KV); Ulle Schauws (KV Krefeld); Lena Zagst (KV Hamburg-Mitte); Franziska Kutzick (KV Hamburg-Eimsbüttel); Aramak Erk (KV Hamburg-Eimsbüttel); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Ulrike Tadema (KV Duisburg); Luisa Schwab (KV Köln); Sabine Behrent (KV Hochtaunus); Marcus Schmitt (KV Main-Taunus); Friederike Schwebler (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Anja Boenke (KV Leverkusen); Gianina Zimmermann (KV Main-Taunus); Patricia Peveling (KV Hochtaunus); Linda Heitmann (KV Hamburg-Altona); Miriam Block (KV Hamburg-Harburg)

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Doris Wagner (München KV)

Änderungsantrag zu V-48 (ehm GP-02)

Von Zeile 24 bis 25 einfügen:

Plattformen müssen die Möglichkeit bieten, dass Bürger*innen sich sowohl lokal als auch digital organisieren und Einfluss auf die Plattformen nehmen können.

Digitalisierung und Gender

Das Netz bildet die Gesellschaft ab und somit auch ihre strukturellen Benachteiligungen. Bei allem Nutzen und allen Erleichterungen, die die Digitalisierung uns bringen, ist ein ‚gender bias‘ eine nicht zu unterschätzende Gefahr.

Um diese Muster zu erkennen, müssen insbesondere Algorithmen, die in das Leben der Menschen eingreifen, nachprüfbar transparent sein und die Benachteiligung von Frauen und allen vom AGG abgedeckten Personengruppen ausschließen. Es muss regelmäßige Evaluation von durch Künstliche Intelligenz ermittelte Ergebnisse geben.

Wir brauchen Datenvielfalt als breite Grundlage, um einen ‚roll-back durch Algorithmus‘ zu verhindern und wir müssen Forschung fördern, die Geschlechterungleichheit von Algorithmen und KI erkennt. Es müssen Richtlinien für die geschlechtergerechte Entwicklung und Anwendung entwickelt werden. Unternehmen müssen zur diskriminierungsfreien Ausgestaltung von Algorithmen verpflichtet werden.

weitere Antragsteller*innen

Peter Heilrath (KV München); Barbara Poneleit (KV Forchheim); Heidi Schiller (KV München); Julia Woller (KV Köln); Judith Greif (KV München); Mona Fuchs (KV München); Marion Lüttig (KV München); Mareike Engels (KV Hamburg-Altona); Gudrun Lux (München KV); Anna Weyand (KV München); Heidi Deffner (KV Schwabach); Anais Schuster-Brandis (KV München); Berti Furtner-Loleit (KV München); Stefanie König (KV Rosenheim); Gesine Märtens (Leipzig KV); Kerstin Täubner-Benicke (KV Starnberg); Marese Hoffmann (KV Dachau); Nicolas van Weinhold (KV München); Daniela Müller (KV Nürnberg-Stadt); sowie 2 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

„EUROPA“ UND „EUROPÄISCHE UNION“ BESSER UNTERSCHIEDEN



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Franziska Brantner (KV Heidelberg)

Änderungsantrag zu V-50

Von Zeile 6 bis 11 löschen:

zukünftigen Wahlprogrammen je nach Bezugnahme konsequent unterschieden werden, sie dürfen nicht pauschal gleichgesetzt werden. ~~Dies gilt ebenso für die Adjektive „europäisch“ und „paneuropäisch“: wenn es um die EU geht, müssen jeweils differenzierende Formulierungen verwendet werden wie z.B. „EU-Ebene“, „EU-weit“ oder „im Rahmen der EU“. Der utopische Überschuss und der Identität stiftende Aspekt des Europa-Begriffs können z.B. durch Bezeichnungen wie „EU-Europa“ oder „EU-europäisch“ einbezogen werden.~~

weitere Antragsteller*innen

Dorothea Kaufmann (KV Heidelberg); Lukas Weber (KV Heidelberg); Moritz Damm (KV Heidelberg); Julia Hildenbrand (KV Heidelberg); Nicolás Lutzmann (KV Heidelberg); Teresa Fanz (KV Heidelberg); Felix Grädler (KV Heidelberg); Florian Kollmann (KV Heidelberg); Ilona Trotter (KV Heidelberg); Burkhard Margies (KV Heidelberg); Derek Cofie-Nunoo (KV Heidelberg); Fadime Tuncer (KV Neckar-Bergstraße); Frieda Fiedler (KV Neckar-Bergstraße); David Esders (Heidelberg KV); Anna Cavazzini (KV Chemnitz); Tilman Krösche (KV Braunschweig); Arnhilt Kuder (KV Heidelberg); Andreas Bühler (KV Karlsruhe); Inga Kretzschmar (KV Lippe); sowie 4 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

„EUROPA“ UND „EUROPÄISCHE UNION“ BESSER UNTERSCHIEDEN



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Franziska Brantner (KV Heidelberg)

Änderungsantrag zu V-50

Von Zeile 23 bis 29 löschen:

~~Die Metapher „das europäische Haus“ darf nicht auf die Europäische Union verengt werden. Dieses sprachliche Bild, von Gorbatschow am Ende des Kalten Krieges verwendet, um die Überwindung des Gegensatzes von NATO und Warschauer Pakt in den Blick zu nehmen und um die Idee einer friedlichen Zukunft Europas unter Einschluss Russlands zu formulieren, sollte auch weiterhin die Zielsetzung einer Überwindung der Konflikte und Spaltungen im gesamten Europa ausdrücken, auch wenn insbesondere die Gegensätze zu Russland zur Zeit unüberwindbar erscheinen mögen.~~

weitere Antragsteller*innen

Dorothea Kaufmann (KV Heidelberg); Lukas Weber (KV Heidelberg); Moritz Damm (KV Heidelberg); Julia Hildenbrand (KV Heidelberg); Nicolás Lutzmann (KV Heidelberg); Teresa Fanz (KV Heidelberg); Felix Grädler (KV Heidelberg); Florian Kollmann (KV Heidelberg); Ilona Trotter (KV Heidelberg); Burkhard Margies (KV Heidelberg); Derek Cofie-Nunoo (KV Heidelberg); Fadime Tuncer (KV Neckar-Bergstraße); Frieda Fiedler (KV Neckar-Bergstraße); David Esders (Heidelberg KV); Anna Cavazzini (KV Chemnitz); Tilman Krösche (KV Braunschweig); Arnhilt Kuder (KV Heidelberg); Andreas Bühler (KV Karlsruhe); Hans Schwanitz (KV Köln); sowie 2 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

JA zu schnellerem und besserem Klimaschutz – NEIN zum Abbau von Bürgerrechten und zur Beschneidung der Beteiligungsrechte von Umwelt- und Naturschutzverbänden



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 11. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 15.11.2019

Änderungsantrag zu V-55 (D-06)

Von Zeile 2 bis 5:

~~1. B90/Die~~Bündnis 90/Die Grünen ~~lehnen~~halten die ~~Beschneidung~~Einschränkung der Rechte der ~~Bürger~~Bürger*innen und der Umwelt- und Naturschutzverbände im Gesetz zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich und im Gesetz zur Vorbereitung der Schaffung von Baurecht durch Maßnahmengesetz im Verkehrsbereich ~~entschieden-ab~~für nicht zielführend.

JA zu schnellerem und besserem Klimaschutz – NEIN zum Abbau von Bürgerrechten und zur Beschneidung der Beteiligungsrechte von Umwelt- und Naturschutzverbänden



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 11. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 15.11.2019

Änderungsantrag zu V-55 (D-06)

Von Zeile 6 bis 9 löschen:

~~2. Die Landesverbände von B90/Die Grünen werden dringend gebeten, diesen Gesetzen und folgenden Maßnahmegesetzen im Bundesrat die Zustimmung zu verweigern.~~

~~3. Die Bundestagsfraktion von B90/Die Grünen wird dringend gebeten, diesen Gesetzen und folgenden Maßnahmegesetzen im Bundestag die Zustimmung zu verweigern.~~

Von Zeile 19 bis 20 einfügen:

um den Zeitbedarf für Erstellung von Infrastrukturmaßnahmen auch ohne die Beschneidung der Rechte der Bürger und der Umwelt- und Naturschutzverbände drastisch kürzen zu können.

Vor diesem Hintergrund fordern wir die Bundestagsfraktion und die Landesregierungen auf, die aktuellen Gesetzentwürfe zur weiteren Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich und im Gesetz zur Vorbereitung der Schaffung von Baurecht durch Maßnahmengesetz im Verkehrsbereich kritisch zu prüfen.

***JA zu schnellerem und besserem Klimaschutz
– NEIN zum Abbau von Bürgerrechten und zur
Beschneidung der Beteiligungsrechte von
Umwelt- und Naturschutzverbänden***



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 11. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 15.11.2019

Änderungsantrag zu V-55 (D-06)

In Zeile 10:

~~4. B90/Die~~Bündnis 90/Die Grünen fordern die Bundesregierung auf,

Von Zeile 19 bis 20:

um den Zeitbedarf für Erstellung von Infrastrukturmaßnahmen auch ohne die
~~Beschneidung~~massive Einschränkung der Rechte der Bürger und der Umwelt- und
Naturschutzverbände drastisch kürzen zu können.

Jetzt WKF-03-NEU (Klimanotstand zur Richtschnur unserer Politik auf den verschiedenen Ebenen machen)



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen

Beschlussdatum: 21.10.2019

Titel

Ändern in:

Klimanotstand zur Richtschnur unserer Politik auf den verschiedenen Ebenen machen

Änderungsantrag zu WKF-01

Von Zeile 53 bis 54:

- etc.) sind vor Einführung auf ihre Auswirkung auf die Einhaltung des 1,5°C-Ziels, die Gesundheit der Bevölkerung und die Natur zu untersuchen (Vorsorgeprinzip)

Unser aller Konsum muss künftig deutlich weniger das Klima belasten und wir müssen unseren Verbrauch an Rohstoffen und Energie drastisch verringern.

- Daher werden wir so schnell wie möglich eine 3. Mehrwertsteuerklasse schaffen, in der ausgewiesene Klima-schädliche Produkte (wie z.B. spritfressende SUVs - und nach einer kurzen Übergangszeit alle PKW mit fossilen Verbrennungsmotoren), Fleisch aus Massentierhaltung, Beton, Plastikprodukte, Pflegemittel mit Mikro-Kunststoff, etc.) mit 35 % besteuert werden. Im Gegenzug werden alle Produkte, die keinerlei klimaschädliche Folgen bei Herstellung oder Konsum bewirken in den niedrigsten MwSt.-Satz eingeordnet.
- Internet-Bestellung-Einzellieferung werden mit dem höchsten (und Eilauslieferungen mit einem Extrazuschlag), Sammelbestellung von mindestens 3 Haushalten oder solche mit einem Auslieferungszeitraum von 2 Wochen dagegen mit dem niedrigen MwSt.-Satz belegt.
- Der Handel mit gebrauchten Alltagsgütern wird von der MwSt. freigestellt.

Begründung

Die Mehrwertsteuer ist ein guter Hebel, um umweltfreundliches Verhalten zu belohnen und umweltschädliches Verhalten zu bestrafen.

Mutiges GRÜNES- Sofortprogramm für Klimaschutz!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: KV Wolfenbüttel
Beschlussdatum: 08.10.2019

Änderungsantrag zu WKF-02

Von Zeile 61 bis 62 einfügen:

- Wir wollen den **Kohleausstieg spätestens bis zum Jahr 2030**, dies muss gesetzlich verankert werden. Sowohl der Hambacher Wald als auch die von der Abbaggerung bedrohten Dörfer in den Braunkohlereviern müssen erhalten bleiben.

Begründung

Selbsterklärende Ergänzung

Jetzt WKF-03-NEU (Das Zeitfenster schließt sich: Klimarettung JETZT!)



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Mario Hüttenhofer (KV Konstanz)

Titel

Ändern in:

Das Zeitfenster schließt sich: Klimarettung JETZT!

Änderungsantrag zu WKF-03

Von Zeile 47 bis 48 löschen:

- Der Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen muss innerhalb der nächsten ~~vier~~ Jahre auf die laut UBA erforderlichen 180,- € pro Tonne CO₂-Äquivalent erhöht werden, mit

Von Zeile 51 bis 62:

- ~~Dabei sind die aktuell erhobenen „Ökosteuern und -abgaben“ einzubeziehen bzw. zu verrechnen. Z.B. Öko-Strom wird somit erheblich billiger.~~
- ~~In einem ersten Schritt im ersten Regierungsjahr beginnen wir mit einer deutlichen Anhebung der Kosten für CO₂-Äq. in ALLEN Bereichen: Verkehr, Wohnen, Landwirtschaft, Verkehr, Energie und Industrie mit 60,- € pro T CO₂-Äq., die in wenigen weiteren jährlichen Schritten bis auf 180,- €/t erhöht werden.~~ wollen wir bei den Herstellern von Kohle, Erdöl und Erdgasprodukten eine CO₂-Abgabe erheben, die in ALLEN Bereichen: Verkehr, Wohnen, Landwirtschaft, Verkehr, Energie und Industrie angewendet wird und 2020 mit 80€ je t CO₂ startet und je Jahr sich um 15€ erhöht bis das Netto-Nullemissionsziel für CO₂ und andere Treibhausgase erreicht ist. Wir schlagen vor den Erhöhungspfad verbindlich und transparent für mindestens 5 Jahre festzulegen. Planbarkeit ist aus unserer Sicht dabei entscheidend für den Erfolg.
- ~~Der Reinerlös wird als Pro-Kopf-Geld an die Bevölkerung rückerstattet, um die zu belohnen, die klimabewusst leben und übermäßig Betroffenen die Umstellung zu erleichtern.~~
- ~~Um bisher bereits verursachte Schäden zu kompensieren, wird der Betrag danach jährlich angemessen angepasst an die jeweils erreichten und noch offenen Ziele (2030) gegebenfalls weiter erhöht.~~
- Das Steueraufkommen aus der CO₂-Abgabe geben wir zu 100% an die Bürger zurück. Bei einem CO₂-Preis von zunächst 80€ je t CO₂ in 2021 würde nach derzeitiger Schätzung¹ die Rückerstattung bei ca. 200€ je Jahr und Person liegen und sich schrittweise mit jeder Anpassung erhöhen. Jeder Bürger, ob jung oder alt, erhält einen pro Kopf gleichen Anteil rückerstattet. Die Erstattung wird nicht auf Sozialleistungen angerechnet und ist nach unseren Vorstellungen auch nicht pfändbar. Viele Haushalte, insbesondere die mit kleinem CO₂-Fußabdruck werden so überhaupt nicht belastet. So stellen wir einen echten Ausgleich sicher! So fördern wir CO₂-sparendes Verhalten! So geben wir den Menschen das Geld sich klimafreundliches Verhalten leisten zu können!

Begründung

Ein CO₂-Preis von 60€ als Einstieg und eine Erhöhung auf 180€ in 4 Jahren ist zu steil.

Wir schlagen deshalb einen höheren Einstiegspreis und statt 4 Jahre 7 Jahre bis zu 180€ vor.

Die Länder Schweiz und Schweden beweisen, dass ein Start von ca. 80€ bzw. 115€ wirtschaftlich verträglich ist.

An dieser Stelle soll verdeutlicht werden, wie der Einstiegspreis von 80€ ermittelt wurde:

Eine angemessene CO₂-Steuer, darf Bürger und Unternehmen nicht überfordern, soll die gesellschaftlichen Kosten für die Klimazerstörung über die Zeit vollständig abbilden und eine Verhaltensänderung erzeugen. Um eine Verhaltensänderung zu erzeugen, muss die CO₂-Steuer aber oberhalb von üblichen Preisschwankungen liegen.

Untergrenze der CO₂-Steuer: die Schwankungen in den Kraftstoffpreisen

Die Schwankungen des Jahres 2018 betrugen bei Benzin laut ADAC 20ct/L --> **86€/t CO₂**

Quelle: <https://www.adac.de/infotestrat/tanken-kraftstoffe-und-antrieb/kraftstoffpreise/kraftstoff-durchschnittspreise/default.aspx>

Obergrenze der CO₂-Steuer: die vom Umweltbundesamt ermittelten Klimaschäden

180€ je t CO₂ (2016). Tendenz weiter steigend.

Quelle: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/umwelt-wirtschaft/gesellschaftliche-kosten-von-umweltbelastungen#textpart-5>

Ein Einstiegspreis von 80€ je t CO₂ entspricht einer Preiserhöhung von ca. 20ct je L Benzin und ca. 4ct je kWh Strom. Das ist insbesondere in Verbindung mit einer Rückerstattung sozial verträglich.

Kontinuierliche Erhöhung der CO₂-Steuer

Die CO₂-Steuer muss schrittweise erhöht werden, bis die Klimaneutralität der Wirtschaft hergestellt ist. Grund: Mit zunehmender Reduktion des Verbrauchs an fossilen Rohstoffen sinken die Belastungen der Marktteilnehmer aus der CO₂-Steuer. Um Anreize zur Umstellung weiter aufrecht zu erhalten, muss die Steuer kontinuierlich erhöht werden.

Die CO₂-Abgabe muss transparent und verbindlich sein.

Um auch langfristige Investitionen positiv beeinflussen zu können, sollte der Steigerungspfad über 5-10 Jahre festgelegt sein, damit Sicherheit auch für langfristige Investitionen besteht.

weiterführende Dokumente:

Prof. Stefan Rahmstorf: <https://scilogs.spektrum.de/klimalounge/warum-ein-co2-preis-gerecht-und-notwendig-ist/>

Weltbank Carbon Pricing Report 2018: <https://openknowledge.worldbank.org/bitstream/handle/10986/29687/9781464812927.pdf>

Manager Magazin - Pressemeinung: <https://www.manager-magazin.de/politik/deutschland/co2-steuer-so-laeuft-es-in-anderen-laendern-a-1265123.html>

Rückvergütung schafft Kaufkraft und Akzeptanz!

Die vollständige Rückvergütung des CO₂-Preises gibt Kaufkraft an die Bürger zurück, so dass diese sich Klimaschutz leisten können. Die vollständige Rückvergütung setzt darauf, dass Bürger selbst am besten wissen, wie Sie Klimaschutz betreiben. Bei einer pro Kopf gleichen Verteilung an alle Bürger mit Steuer-ID ist der Bürokratieaufwand minimal.

Studien des BMU zeigen, dass über 50% der Haushalte netto durch die Rückerstattung entlastet werden.

http://www.foes.de/pdf/2019-07-FOES_CO2Preis_Hintergrundpapier_BMU.pdf

100% Rückvergütung an natürliche Personen, aber nicht an Unternehmen, erachten wir als notwendig um die gesellschaftliche Akzeptanz zu fördern und einkommensschwache Haushalte deutlich zu entlasten.

Wir sprechen uns für eine vollständige Rückvergütung (100%) und nicht für eine teilweise Rückvergütung und Stromsteuerabsenkung aus.

Eine Rückvergütung entlastet Stromgroßverbraucher und reiche Haushalte, zudem erhöht es die Nachfrage nach Strom übermäßig und verzögert dadurch das Outphasing von fossilen Kraftwerken.

Eine Rückvergütung an Unternehmen aus dem Emissionshandel oder der CO2-Steuer ist aus unserer Sicht nicht sinnvoll, da dadurch Preissignal und Innovations- bzw. Anpassungsanreize verringert werden.

Wir sprechen uns, anstelle einer direkten Entlastung von Unternehmen, aber für ausreichend hohe Investitionsbeihilfen für den Umstieg in treibhausgasfreie Alternativen aus.

Quellen zur Wirkung einer CO2-Steuer mit Rückerstattung:

http://www.foes.de/pdf/2019-07-FOES_CO2Preis_Hintergrundpapier_BMU.pdf

https://www.boeckler.de/pdf/p_imk_bmu_gutachten_co2.pdf

https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.635193.de/diwkompakt_2019-138.pdf

weitere Antragsteller*innen

Fritz Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Karl-Heinz Trick (Ortenau KV); Achim Jooß (KV Ortenau); Karsten Kolb (KV Ortenau); Clara Löw (KV Frankfurt); Benjamin Harter (Ortenau KV); Dieter Kaufmann (KV Frankfurt); Dennis Barth (KV Konstanz); Peter Alexander (KV Konstanz); Enrico Wolfgang Schandl (KV Ortenau); Markus Rasp (KV Emmendingen); Nils-Olof Born (KV Mannheim); Kristina Leitz (KV Stuttgart); Christine Ludwig (KV Bodenseekreis); Moritz Sorg (KV Freiburg); Ute Thoma (KV Biberach); Carin Walther (KV Bodenseekreis); Jana Akyildiz (KV Konstanz); Saskia Frank (KV Konstanz)

DIE GRÜNEN STEHEN ZU IHREN FORDERUNGEN: KLIMARETTUNG JETZT



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Miriam Block (Hamburg-Harburg KV)

Änderungsantrag zu WKF-03 NEU

Von Zeile 45 bis 47:

Rechtsprechung.“

erklären wir deshalb den ~~Klimanotstand~~Klimanotfall. Dabei geht es nicht um eine juristische Grundlage für Notstandsmaßnahmen, sondern ein deutliches politisches Signal und damitSelbstverpflichtung die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität zu behandeln.

Begründung

Der Begriff Notstand ist assoziiert mit den Notstandsgesetzen und deutet generell auf eine autoritäre Lösung der Klimakrise hin. Damit das Anliegen - die Dringlichkeit der Klimakrise - deutlich wird, schlägt dieser Antrag den Begriff Klimanotfall vor und an der Stelle der ersten Verwendung auch eine sprachliche Abgrenzung zu Notstandsmaßnahmen.

weitere Antragsteller*innen

Andrea Nunne (KV Hamburg-Nord); Max Meister (KV Hamburg-Nord); Kathrin Henneberger (KV Köln); Emilia "Milla" Fester (KV Hamburg-Eimsbüttel); Martin Scheuch (KV Berlin-Kreisfrei); Jim Martens (KV Hamburg-Eimsbüttel); Ulrike Sparr (KV Hamburg-Nord); Fabian von Borcke (KV Hamburg-Altona); Lutz Weischer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Friedemann Dau (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Moritz Lamparter (KV Hamburg-Nord); Antonius Jaekel (KV Osnabrück-Stadt); Moritz Duge (KV Hamburg-Wandsbek); Philipp Rösch (KV Hamburg-Eimsbüttel); Eva Augsten (KV Hamburg-Nord); Jennifer Jasberg (KV Hamburg-Bergedorf); Michael Gwosdz (KV Hamburg-Eimsbüttel); Daniel Völkoi (KV Hamburg-Harburg); Felix Steins (KV Hamburg-Eimsbüttel); sowie 2 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.

DIE GRÜNEN STEHEN ZU IHREN FORDERUNGEN: KLIMARETTUNG JETZT



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Ortsverband Wolfratshausen
Beschlussdatum: 21.10.2019

Änderungsantrag zu WKF-03 NEU

Von Zeile 244 bis 245 einfügen:

Deutschland zugerechnet werden. Dies gilt auch für die durch die Digitalisierung verbrauchten Gigawattstunden Serverleistungen.

Unser aller Konsum muss künftig deutlich weniger das Klima belasten und wir müssen unseren Verbrauch an Rohstoffen und Energie drastisch verringern.

- Daher werden wir so schnell wie möglich eine 3. Mehrwertsteuerklasse schaffen, in der ausgewiesene Klima-schädliche Produkte (wie z.B. spritfressende SUVs - und nach einer kurzen Übergangszeit alle PKW mit fossilen Verbrennungsmotoren), Fleisch aus Massentierhaltung, Beton, Plastikprodukte, Pflegemittel mit Mikro-Kunststoff, etc.) mit 35 % besteuert werden. Im Gegenzug werden alle Produkte, die keinerlei klimaschädliche Folgen bei Herstellung oder Konsum bewirken in den niedrigsten MwSt.-Satz eingeordnet.
- Internet-Bestellung-Einzellieferung werden mit dem höchsten (und Eilauslieferungen mit einem Extrazuschlag), Sammelbestellung von mindestens 3 Haushalten oder solche mit einem Auslieferungszeitraum von 2 Wochen dagegen mit dem niedrigen MwSt.-Satz belegt.
- Der Handel mit gebrauchten Alltagsgütern wird von der MwSt. freigestellt.

Begründung

Unterschiedliche Mehrwertsteuersätze sind ein brauchbarer Hebel, um umweltfreundliches Verhalten zu belohnen und umweltschädliches Verhalten zu bestrafen.

DIE GRÜNEN STEHEN ZU IHREN FORDERUNGEN: KLIMARETTUNG JETZT



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Miriam Block (Hamburg-Harburg KV)

Änderungsantrag zu WKF-03 NEU

Von Zeile 255 bis 257:

„Das US-Militär verursacht mehr Treibhausgase als die meisten mittelgroße Länder“ [9]. .
Rüstung und Militär sind unproduktive und damit für den ~~Klimanotstand~~Klimanotfall schädliche
Energiefresser. Daher ist keine – wie gefordert – Erhöhung des Militärhaushaltes geboten,

Begründung

Der Begriff Notstand ist assoziiert mit den Notstandsgesetzen und deutet generell auf eine autoritäre Lösung der Klimakrise hin. Damit das Anliegen - die Dringlichkeit der Klimakrise - deutlich wird, schlägt dieser Antrag den Begriff Klimanotfall vor und an der Stelle der ersten Verwendung auch eine sprachliche Abgrenzung zu den Notstandsgesetzen.

weitere Antragsteller*innen

Andrea Nunne (KV Hamburg-Nord); Max Meister (KV Hamburg-Nord); Michael Bloss (KV Stuttgart); Kathrin Henneberger (KV Köln); Emilia "Milla" Fester (KV Hamburg-Eimsbüttel); Martin Scheuch (KV Berlin-Kreisfrei); Jim Martens (KV Hamburg-Eimsbüttel); Fabian von Borcke (KV Hamburg-Altona); Lutz Weischer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Friedemann Dau (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Moritz Lamparter (KV Hamburg-Nord); Antonius Jaekel (KV Osnabrück-Stadt); Moritz Duge (KV Hamburg-Wandsbek); Philipp Rösch (KV Hamburg-Eimsbüttel); Eva Augsten (KV Hamburg-Nord); Jennifer Jasberg (KV Hamburg-Bergedorf); Michael Gwosdz (KV Hamburg-Eimsbüttel); Daniel Völko (KV Hamburg-Harburg); Felix Steins (KV Hamburg-Eimsbüttel); sowie 1 weitere Antragsteller*in, die online auf Antragsgrün eingesehen werden kann.

Klimaschutz im ländlichen Raum fair und sozial gestalten!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Anne-Monika Spallek (Coesfeld KV)

Änderungsantrag zu WKF-09

Von Zeile 16 bis 17 einfügen:

Lebensverhältnisse in Deutschland, in der Realität driften die Regionen aber immer weiter auseinander und das Stadt-Land-Gefälle nimmt zu.

Auf dem Land wichtige Nahversorgungsbetriebe wie die kleinen Bäckereien, Fleischereien, Höfe und Gaststätten in den Dörfern sterben zunehmend, Kommunikationsorte gehen verloren. Dörfer veröden. Klimapolitische Maßnahmen dürfen dieses Sterben nicht weiter vorantreiben. Eine CO2 Bepreisung muss deshalb auch für diese kleinen Betriebe sozial gerecht ausgestaltet werden.

Begründung

Seit 1989 haben wir rund die Hälfte aller kleinen Nahversorgungsbetriebe wie die Handwerks-Bäckereien/Fleischereien, Höfe, Läden und Gaststätten im ländlichen Raum verloren. Wenn wir diese kleinen Betriebe nicht stärker unterstützen, sondern ihnen immer mehr Kosten und Auflagen zumuten, dann wird es diese Betriebe in ihrer Vielfalt bald nicht mehr geben, sondern nur noch wenige industrielle Großbetriebe. Das ist nicht nur ein großes Risiko für die Nahversorgung und das Veröden von Dörfern sondern auch ein Risiko für den sozialen Zusammenhalt, denn wichtige Kommunikationsorte gehen mit ihnen für immer verloren.

weitere Antragsteller*innen

Michael Schmeing (KV Coesfeld); Klaus Lüdemann (KV Wuppertal); Dieter Heinze (KV Coesfeld); Björn Krumminga (KV Coesfeld); Ingrid Tews (KV Mülheim); Axel Hoene (KV Coesfeld); Tina Guenther (KV Mettmann); Birgit Meusemann (KV Coesfeld); Thomas Rabe (KV Münster); Nabiha Ghanem (KV Soest); Tobias Kommeter (KV Coesfeld); Wolfgang Müller (KV Coesfeld); Christoph Wolfers (KV Coesfeld); Ursula Niermann (KV Coesfeld); Sabrina Schmeing (KV Coesfeld); Susanne Diekmann (KV Coesfeld); Gregor Kaiser (Olpe KV); Willi Kortmann (KV Coesfeld); Volkhard Wille (KV Köln)

Klimaschutz im ländlichen Raum fair und sozial gestalten!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Anne-Monika Spallek (Coesfeld KV)

Änderungsantrag zu WKF-09

Nach Zeile 41 einfügen:

4. Die kleinen Betriebe der Nahversorgung wollen wir mit speziellen Fördermaßnahmen für bspw. moderne energieeffiziente Anlagen bei der Transformation hin zu CO2-neutralen Betriebsprozessen unterstützen. Weitere Kompensations- und Unterstützungsmaßnahmen wollen wir prüfen, so dass eine nachhaltige regionale Nahversorgung langfristig gesichert werden kann.

Begründung

Seit 1989 haben wir rund die Hälfte aller kleinen Nahversorgungsbetriebe wie die Handwerks-Bäckereien/Fleischereien, Höfe, Läden und Gaststätten im ländlichen Raum verloren. Wenn wir diese kleinen Betriebe nicht stärker unterstützen, sondern ihnen immer mehr Kosten und Auflagen zumuten, dann wird es diese Betriebe in ihrer Vielfalt bald nicht mehr geben, sondern nur noch wenige industrielle Großbetriebe. Das ist nicht nur ein großes Risiko für die Nahversorgung und das Veröden von Dörfern sondern auch ein Risiko für den sozialen Zusammenhalt, denn wichtige Kommunikationsorte gehen mit ihnen für immer verloren.

weitere Antragsteller*innen

Michael Schmeing (KV Coesfeld); Klaus Lüdemann (KV Wuppertal); Dieter Heinze (KV Coesfeld); Björn Krumminga (KV Coesfeld); Uwe Rottermund (KV Höxter); Doris Vogt (KV Coesfeld); Ingrid Tews (KV Mülheim); Axel Hoene (KV Coesfeld); Tina Guenther (KV Mettmann); Birgit Meusemann (KV Coesfeld); Thomas Rabe (KV Münster); Nabiha Ghanem (KV Soest); Tobias Kommeter (KV Coesfeld); Wolfgang Müller (KV Coesfeld); Christoph Wolfers (KV Coesfeld); Ursula Niermann (KV Coesfeld); Sabrina Schmeing (KV Coesfeld); Gregor Kaiser (Olpe KV); Lars Reichmann (KV Coesfeld)